



Ratsfraktion
Düsseldorf **FDP**



BERICHT FÜR 2023

Etatrede 2024 Ratsfraktion Ausschüsse Bezirksvertretungen Nachrichtenrückblick 2023



INHALT

1 REDE ZUM HAUSHALT 2024

Von Mirko Rohloff

5 DIE FDP-RATSFRAKTION

Unsere Arbeit im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

SITZUNGSSTATISTIK DER FRAKTION

Interessante Fakten zu Sitzungen und Gremien

IHR KONTAKT ZUR FDP-FRAKTION

Ihre Kontaktmöglichkeiten im Überblick

6 RATSANFRAGEN UND -ANTRÄGE

Auswahl an Themen für das Jahr 2023

7 DIE ERWEITERTE FRAKTION

Übersicht der Mitglieder

9 DIE AUSSCHUSSMITGLIEDER

Übersicht der Mitglieder in den Gremien

11 DIE BEZIRKSVERTRETER:INNEN

Liberale in den Bezirksvertretungen für Sie vor Ort

13 NACHRICHTEN

Der Jahresrückblick 2023



Mirko Rohloff

Stv. Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Sie erreichen ihn unter mirko.rohloff@duesseldorf.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren,

bei der Einbringung des Haushalts im September hat uns der Oberbürgermeister einen genehmigungspflichtigen Doppelhaushalt mit einer Neuverschuldung von 740 Millionen Euro vorgeschlagen. Dies war eine Bankrotterklärung. Nach nur drei Jahren Schwarz-Grün stand die Stadt am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Ich hätte nicht gedacht, dass man eine Stadt so schnell ruinieren kann.

→ FINANZPOLITIK VON SCHWARZ/GRÜN

Dank der Leistungsfähigkeit der starken Düsseldorfer Wirtschaft und coronabedingten Sonder- und Einmaleffekten hat die Gewerbesteuer der Stadt in diesem Jahr einen regelrechten Geldsegen beschert. Nun also die Rolle rückwärts: Statt eines Doppelhaushalts fahren Sie nun auf Sicht. Grund zum Jubeln besteht dennoch nicht. Wenn man das Instrument der Bilanzierungshilfe einrechnet, bleibt das ordentliche Ergebnis auch in diesem Jahr negativ. Im nächsten Jahr steht ein Minus von rund 300 Millionen Euro und am Ende des Jahres Liquiditäts- und Investitionskredite von voraussichtlich 1,1 Milliarden Euro zu Buche. Zudem bergen die globalen Krisen und geplanten Gesetzesänderungen des Bundes und des Landes erhebliche Risiken, die sich schnell auf den kommunalen Haushalt durchschlagen können. Die Genehmigungspflicht ist damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Um unsere Handlungsfähigkeit und freiwillige Leistungen, wie beitragsfreie Kindergärten, auch in Zukunft zu gewährleisten, wäre es dringend nötig, auf die Schuldenbremse zu treten.

Im nächsten Jahr erwarten Sie, bei einem Haushaltsvolumen von knapp 4 Milliarden Euro, mit rund 1,4 Milliarden Euro den höchsten Gewerbesteuerertrag aller Zeiten in unserer Stadt. Dennoch ist der Haushalt strukturell nicht ausgeglichen, sondern lediglich fiktiv über die Ausgleichsrücklage. Die Kooperation hat also kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Sie leben über Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Dabei wäre bei solch hohen Einnahmen der ideale Zeitpunkt, Strukturreformen und Aufgabenkritik einzuleiten, um Schulden abzubauen und konsumtive Ausgaben dauerhaft zu reduzieren. Wenn nicht jetzt sparen, wann dann? Es ist nicht erkennbar wo, wie und wann die Mehrheit Einsparungen vornehmen will. Diese Haushaltspolitik ist verantwortungslos, auch gegenüber zukünftigen Generationen. Diesen Weg gehen wir als Freie Demokraten nicht mit und lehnen diesen Haushalt daher ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Jahren kritisieren wir als Freie Demokraten den hohen Düsseldorfer-Goldstandard. Der Oberbürgermeister kündigte in seiner Einbringung des Haushalts im

letzten Jahr an, dass künftig die günstigere, zweitbeste Lösung genügen würde. Dieses Umdenken, lässt sich im Verwaltungshandeln leider nicht erkennen:

- 13,5 Millionen Euro in der ersten Kostenschätzung des Bedarfsbeschlusses für Umgestaltung des Plenarsaals. Unter dem Deckmantel der Barrierefreiheit bauen wir hier diesen Ratssaal in der Anmutung eines Landesparlaments um – für gerade einmal sieben Ratssitzungen im Jahr. Eine zweitbeste Lösung wäre günstiger.
- 282 Millionen Euro im nächsten Jahr für den Schulbau: Ja, wir sind Ihnen dankbar, dass Sie die von der Ampel begonnenen Schulbaumaßnahmen fortführen. Denn Schulbau ist Daseinsvorsorge und ein Invest in unsere Zukunft. Aber beim Neubau des Luisen-Gymnasiums oder des Gymnasiums am Heinzelmännchenweg betragen die Gesamtkosten jedes Quadratmeters Nutzfläche inzwischen das dreifache dessen, was wir beim Albrecht-Dürer-Berufskolleg vor fünf Jahren verausgabt haben. Uns ist bewusst, dass die Baukosten in den letzten Jahren gestiegen sind, jedoch haben sie sich nicht verdreifacht. Allein der aufwendige Zertifizierungsprozess für das Türschild des DGNB-Gold-Gütesiegels verschlingen bei jedem Projekt Millionen, ohne dass wir auch nur eine einzige Kilowattstunde CO₂ einsparen. Auch hier wäre die zweitbeste Lösung günstiger.
- Insgesamt 48 Millionen Euro für 43 öffentliche Toiletten. Mehr als 7 Millionen davon im nächsten Jahr. Jede einzelne so teuer wie ein Einfamilienhaus in bester Wohnlage. Eine zweitbeste Lösung wäre günstiger.

Dem gegenüber stehen im nächsten Jahr gerade einmal 2 Millionen Euro für den Wohnungsbau. Dabei befinden wir uns mitten in einer akuten Baukrise. Besonders deutlich wird dies am Heinrich-Heine-Platz. Bei der Entscheidung im letzten Jahr haben wir Sie davor gewarnt, einen öffentlichen Platz durch einen privaten Investor bauen zu lassen. Hier droht uns, im Herzen der Stadt, ein großes Loch und eine Dauerbaustelle die derzeit jeden Samstag den Verkehr in der Innenstadt lahmlegt. Auch die dringend notwendige Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes am Hauptbahnhof haben Sie auf die lange Bank geschoben. An der Friedrichstraße kämpfen Gewerbetreibende um ihre Existenz, da die Neugestaltung zwei Jahre länger dauert als geplant.

→ **WOHNEN UND SOZIALES**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

auch die Lage der Wohnungswirtschaft ist dramatisch. Wir brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt, damit die Polizistin, der Rheinbahnfahrer oder die Grundschullehrerin sich auch in Zukunft die Miete in Düsseldorf leisten kann.

Schon heute fehlen uns zum Beispiel hunderte Pflegekräfte in Heimen und Kliniken sowie Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindergärten. Im Wahlkampf vor drei Jahren hatte der OB noch „beste Kinderbetreuung“ plakatiert, davon sind wir weit entfernt. Aufgrund des demografischen Wandels wird sich dieser Fachkräftemangel in vielen Bereichen weiter fortsetzen. Ich sage Ihnen voraus: Unsere Zeit als Pendler-Hochburg läuft ab. Warum sollte sich die Kindergärtnerin aus Duisburg Tag für Tag die Strapazen mit der U79 antun, wenn sie auch in einer Duis-

burger Kita arbeiten kann? Oder warum sollte sich der Rheinbahnfahrer aus Wuppertal jeden Morgen und Abend in den Stau stellen, wenn er bei den Wuppertaler Stadtwerken auch Schwebebahn fahren kann? Hier müssen wir dringend gegensteuern. Unser Haushaltsantrag zur Gründungsunterstützung für Wohnungsbaugenossenschaften wäre hier ein wichtiger Schritt.

Auch vor den 10.132 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung wird der Fachkräftemangel nicht Halt machen. Dennoch schafft Schwarz-Grün im nächsten Jahr 300 neue Personalstellen. Dabei sind schon heute weit mehr als 1.000 Stellen nicht besetzt. Und selbst wenn wir alle Stellen besetzen könnten, könnten wir uns dies aufgrund der stetig steigenden Personalkosten, im nächsten Jahr 917 Millionen Euro, dauerhaft gar nicht leisten. Digitalisierung und E-Government wären hier eine Chance diesem zu begegnen. Bislang gibt es aber hier im Haus nicht mal eine Digitalisierungsstrategie. Im Digital-Ranking von Bitkom fällt Düsseldorf daher deutlich zurück. Dabei hatte der Oberbürgermeister im Wahlkampf vor drei Jahren noch „Gigabit für alle“ versprochen. Dem begegnen wir mit unseren Anträgen zu Smart City und des digitalen Außenauftritts des Gesundheitsamtes.

→ ZUR KULTUR

Düsseldorf ist nicht nur Landeshauptstadt, sondern auch Kunst- und Kulturhauptstadt. Die Förderung der Freien Szene ist völlig intransparent und wird zum Glücksspiel. Viele gute Projekte werden nicht umgesetzt, weil die städtische Förderung ausbleibt. Hierzu finden Sie von uns einen entsprechenden Antrag. Auch das rheinische Brauchtum hat kulturelle Bedeutung: Die Schützen und Karnevalisten gehören zur DNA unserer Stadt. Die vielen Veranstaltungen der ehrenamtlichen Vereine bewegen Jahr für Jahr Millionen von Besuchern nach Düsseldorf. Dies sollte uns etwas wert sein, daher beantragen wir in einem niedrigschwelligen Verfahren zusätzliche Mittel für das Sommer- und Winterbrauchtum in Höhe von 150.000 Euro.

Der soziale Frieden in unserer Stadt ist uns allen ein hohes Gut und hat im Haushalt traditionell einen hohen Stellenwert. Dies ist richtig und wichtig, da die soziale Ungerechtigkeit in Düsseldorf stetig wächst. Die freien Träger und Wohlfahrtsverbände sind bei der Bewältigung dieser sich ständig wandelnden Aufgabe ein wichtiger Partner. Um diesen Planungssicherheit zu geben, wäre es wichtig, dass die städtischen Rahmenverträge kein „Closed Shop“ sind, sondern ein atmendes System. Hierzu gehört aus unserer Sicht eine regelmäßige Evaluierung und auch die Möglichkeit von Neuaufnahmen in die Rahmenverträge. Darüber hinaus schlagen wir Ihnen heute vor, eine integrative Demenzstruktur bei künftigen Neubauten zu schaffen sowie den intergenerativen Ansatz als Handlungsmaxime in der Stadtgesellschaft zu verankern. Eine Deckung ergibt sich durch die Senkung des Umlagehebesatz um 0,5% des LVR, was eine Ersparnis von etwa 10 Millionen Euro entspricht.

→ ZIELVERFEHLENDE VERKEHRS- UND KLIMAPOLITIK

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die linke Seite dieses Hauses hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Schwarz-Grün hat Düsseldorf zur Klima-Hauptstadt ernannt, welche heute in 11 Jahren klimaneutral sein will. Ein richtiges Ziel, denn der Klimaschutz ist die wohl größte globale Herausforderung unserer Zeit. Doch wenn wir Ihre Klimabilanz der letzten drei Jahre betrachten, stellen wir fest, dass wenn wir in diesem Tempo weitermachen, die Ziele meilenweit verfehlen.

Maßnahmen wie Lastenradförderung, Ihre Gebührenorgie bei Parkgebühren oder die Zerstörung des technischen Denkmals Gaslicht, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung, sind allenfalls Placebo-Politik. Anstatt die großen Hebel, wie die energetische Sanierung städtischer Gebäude, umzulegen, die eine nachhaltige Klimarendite erwirtschaften, verlieren Sie sich in teuren Kleinmaßnahmen und Symbolpolitik. Sie stellen jährlich 60 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen ins Schaufenster, die nicht einmal im Ansatz verausgabt werden. Die grünste Klimapolitik ist gelb. Lassen Sie uns gemeinsam Klimaschutzmaßnahmen effektiv gestalten, anstatt nur den Notstand zu verwalten.

Herr Oberbürgermeister, im Wahlkampf vor drei Jahren haben Sie den Düsseldorfern und Düsseldorfern auf Ihren Plakaten ein „staufreies Düsseldorf“ versprochen. Die Realität ist eine andere. Die Verkehrspolitik der Kooperation ist ein unglaubliches Stückwerk. Statt die Verkehrswende zu gestalten, wird der Mangel bei allen Verkehrsträgern allenfalls verwaltet. Das Auto wird dank ideologisch geprägten Gebührenerhöhungen in immer mehr Familien zur sozialen Frage. Es darf nicht sein, dass sich der Besitz eines Autos in unserer Stadt künftig nur noch Reiche leisten können. Der Parkdruck ist enorm. Keine einzige versprochene Quartiersgarage wurde bis jetzt geplant. Das einzige P+R-Projekt kassieren Sie in dieser Sitzung. Und selbst der Radwegebau ist von den vollmundig versprochenen Zielen weit entfernt.

→ **SOLIDARITÄT MIT ISRAEL UND DER UKRAINE**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in schwierigen Zeiten. Die Angriffe auf die Länder unserer Partnerstädte Czernowitz und Haifa machen uns sehr betroffen und sind auch ein Angriff auf die westliche Welt insgesamt. Wir verurteilen die brutale Ermordung unschuldiger Menschen in Israel und in der Ukraine aufs Schärfste. Sowohl die 10.000 ukrainischen Kriegsflüchtlinge als auch die 7.000 Jüdinnen und Juden in Düsseldorf sind elementarer Teil unserer Gesellschaft. Extremistische Vorfälle haben in unserer weltoffenen und toleranten Stadt keinen Platz. Als Freie Demokraten werden wir, gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen und der Verwaltung, mit ganzer Kraft dazu beitragen, um unsere offene Stadtgesellschaft auch in Zukunft zu schützen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

DIE FDP-RATSFRAKTION

Unsere Arbeit im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf



Manfred Neuenhaus
Fraktionsvorsitzender



Mirko Rohloff
Stv. Fraktionsvorsitzender



Monika Lehnhaus



Dr. Christine Rachner



Ulf Montanus



Sebastian Rehne



Felix Wilhelm Droste



Dr. Christoph Schork



Tagungen der FDP-Ratsfraktion 2023

- Der Rat der Stadt Düsseldorf hat im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 8 Mal getagt.
- Die kleine Fraktion (Ratsmitglieder) tagte 35 Mal, teilweise hybrid und hielt eine Klausurtagung zum Haushalt 2024 ab.
- Die Sitzungen der erweiterten Fraktion (sämtliche Mandatsträger*innen) haben 20 Mal (zum Teil als Hybridsitzung) stattgefunden.

Kontakt

Geschäftsstelle der FDP-Fraktion im Rathaus der Stadt Düsseldorf

Thomas Nicolin
Geschäftsführer
Telefon: 0211 89 23 182

Heike Lang
Assistenz
Telefon: 0211 89 23 124

Maren Stenzel
Büroleiterin
Telefon: 0211 89 23 122

Sara Profeta
Referentin
Telefon: 0211 89 23 121

Charlotte Poos (seit 02/24)
Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0211 89 23 125

RATSANFRAGEN UND -ANTRÄGE

Auswahl an Themen für den Rat im Jahr 2023

Februar

Antrag der FDP: **Strategische Planung zur klimaneutralen Stadt**

Anfrage der FDP: **Handhabung des denkmalschutzrechtlichen Vorkaufsrechtes, das sich aus dem neugefassten Denkmalschutzgesetzes NRW (§ 31 DSchG NRW) ergibt**

März

Anfrage der FDP: **Fußverkehrsbeauftragter/ Fußverkehrsbeauftragte**

Antrag der FDP: **Grundsteuerhebesätze für 2025 aufkommensneutral - Wohnen darf nicht teurer werden**

April

Anfrage aus aktuellem Anlass der FDP: **Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Gesundheit „Modellversuch Cannabis“**

Anfrage der FDP: **Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Erschließungsbeiträgen**

Antrag der FDP: **Demenzdorf für Düsseldorf! Wie können wir es gemeinsam verwirklichen?**

Juni

Anfrage der FDP: **Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz**

Antrag der Ratsfraktionen von FDP, Die PARTEI-Klima-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE: **Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein**

September

Anfrage der FDP: **Kommunale Maßnahmen zur Klimaanpassung**

Anfrage der FDP: **Künstliche Intelligenz als Unterstützung für BademeisterInnen?**

Anfrage von Ratsherr Neuenhaus: **Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaft bei Gewalt gegenüber Angehörigen der LGBTQ+ Community**

November

Anfrage aus aktuellem Anlass der FDP: **Heinrich-Heine-Platz**

Anfrage der FDP: **Kosten und Nutzen von Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren/ BürgerInnenbeteiligungsverfahren**

Anfrage von Ratsfrau Lehmhaus: **Kosten der Fußball-Europameisterschaft 2024**

Antrag der Ratsfraktionen von FDP und SPD: **Modellstadt für die kontrollierte Abgabe von Cannabis**

Antrag der Ratsfraktionen von FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD: **Eintrittsvergünstigungen in der Kultur für Kinder und Jugendliche**

Antrag der FDP: **Den Flughafen fair betreiben**

Antrag der FDP: **Ausverkauf Düsseldorfer Karneval stoppen**

Antrag der Ratsfraktionen von FDP, SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Die PARTEI-Klima-Fraktion: **Hebräisches Straßenschild für den Paul-Spiegel-Platz**

Dezember

Haushaltsantrag der FDP: **Endlich Grundlagen für Smart City schaffen**

Haushaltsantrag der FDP: **Digitaler Kontakt für Bürgerinnen und Bürger zum Gesundheitsamt**

Haushaltsbegleitantrag der FDP-Ratsfraktion zu TOP 13 APS/142/2023: **Integrative Demenzstruktur in zukünftigen Neubauten**

Haushaltsantrag der FDP: **Intergenerativer Ansatz als Handlungsmaxime in der Stadtgesellschaft verankern**

Haushaltsantrag der FDP: **Kostenfreie Mittagsverpflegung für drei städtische Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung**

Haushaltsantrag der FDP: **Wirksame Gründungsunterstützung für Wohnungsbaugenossenschaften**

Haushaltsantrag der FDP: **Zentrenmanagement sicherstellen**

Haushaltsantrag der FDP: **Mittel für den aktiven Betrieb des Schumann Museums bereitstellen**

Haushaltsantrag der FDP: **Förderung der Freien Szene**

Haushaltsantrag von FDP und SPD: **Freie Szene fördern**

Haushaltsantrag von FDP und SPD: **Mittel zur Förderung des Düsseldorfer Brauchtums**

DIE ERWEITERTE FRAKTION

Übersicht der Mitglieder

EIN STARKES BAND

André Witner



Laura Litzius



Karsten Döriges



Linda Möller

Dr. Veronika Dübgen



Dagmar Saschek



Kerstin Meißler



Felix Mölders





Dr. Jürgen Degethoff



Karsten Körner

Marc Wilhelm Held



Markus Jaskolski



Matthias Lambert



Rainer Matheisen

Piero Alessio



Maximilian Schade



Dr. Dominik Fanatico



Ingo Denzel

Anne Korenkov



AUSSCHÜSSE, MITGLIEDER UND VERTRETUNGEN

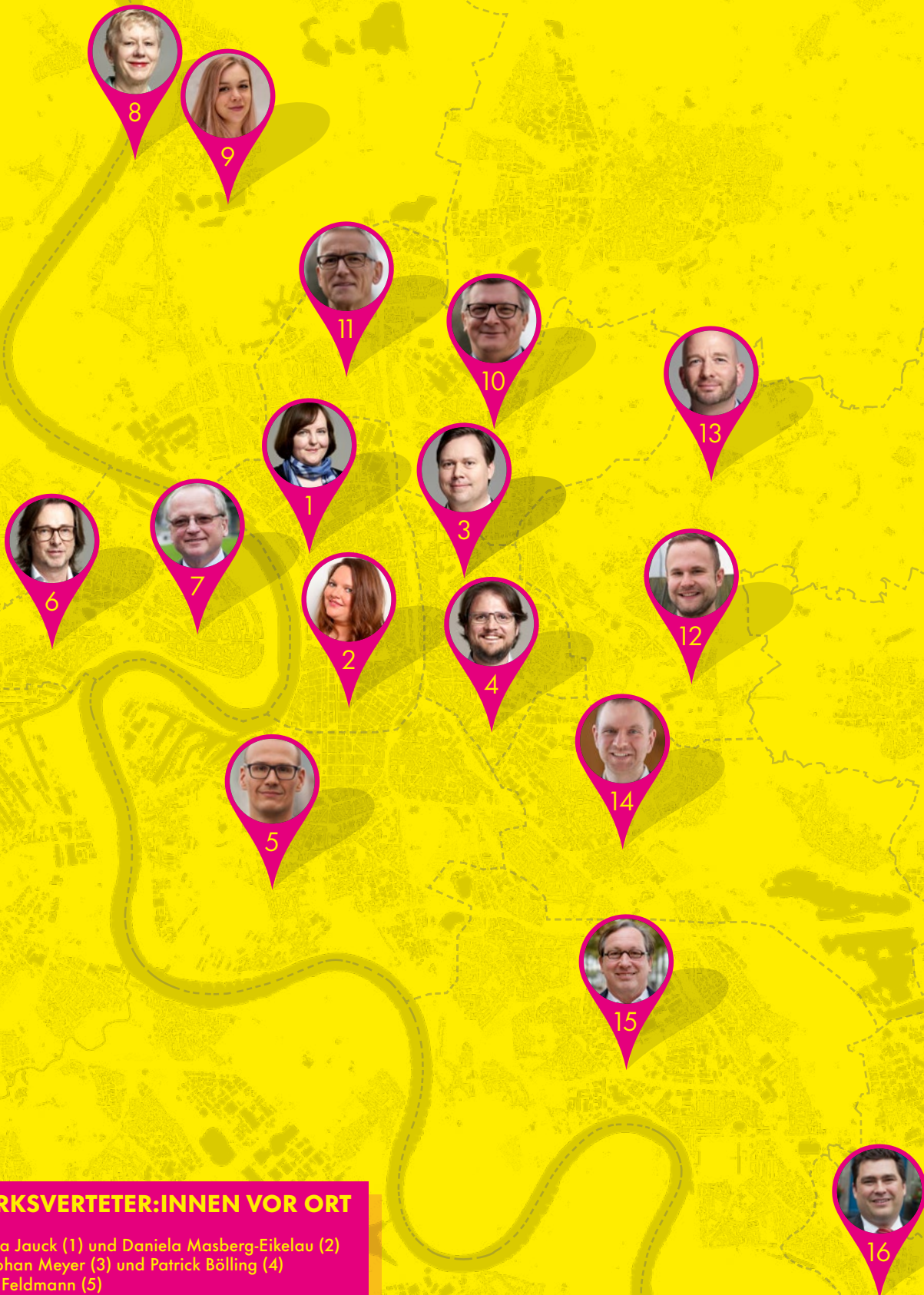
Gestaltung der wichtigen Themen

Ausschüsse und Mitglieder	1. Stellvertretungen	2. Stellvertretungen
Anregungs- und Beschwerdeausschuss		
Julian Deterding	Dr. Christine Rachner	André Kiel
Monika Lehmhaus (S)	Matthias Lambert	Felix Droste
Bauausschuss		
Mirko Rohloff (S)	Monika Lehmhaus	Stephan Meyer
Sebastian Rehne	Manfred Neuenhaus	Ulf Montanus
Ausschuss für Gleichstellung		
Dr. Christine Rachner (S)	Sebastian Rehne	Mirko Rohloff
André Witner	Jan Feldmann	Manfred Neuenhaus
Ausschuss für Gesundheit und Soziales		
Dr. Christine Rachner (S)	Anne Korenkov	Ulf Montanus
Laura Litzius	André Witner	Karsten Döriges
Haupt- und Finanzausschuss		
Manfred Neuenhaus (S)	Dr. Christine Rachner	Dr. Christoph Schork
Mirko Rohloff	Monika Lehmhaus	Ulf Montanus
Jugendhilfeausschuss		
Dr. Christine Rachner (S)	Daniela Masberg-Eikelau	–
Kulturausschuss		
Manfred Neuenhaus (Vorsitz/S)	Dr. Veronika Dübgen	Brien Dorenz
Ulf Montanus	Thomas Nicolin	Sebastian Rehne
Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie, Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz		
Felix Droste	Dr. Christoph Schork	Dr. Dr. Marianne Hagen
Ulf Montanus (S)	Sebastian Rehne	Dr. Dominik Fanatico
Ordnungs- und Verkehrsausschuss		
Piero Alessio	Rainer Matheisen	Ingo Denzel
Felix Mölders (S)	Dagmar Saschek	Kerstin Meißler
Ausschuss für Digitalisierung und allgemeine Verwaltungsorganisation		
Piero Alessio	Markus Jaskolski	Thomas Nicolin
Sebastian Rehne (S)	Anne Korenkov	Felix Droste

Ausschüsse und Mitglieder	1. Stellvertretungen	2. Stellvertretungen
Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung		
Dr. Christoph Schork	Maximilian Schade	Brien Dorenz
Mirko Rohloff (S)	Manfred Neuenhaus	Daniela Masberg-Eikelau
Rechnungsprüfungsausschuss		
Felix Droste (S)	Mirko Rohloff	Monika Lehmhaus
Dr. Ulrich Peters	Thomas Nicolin	Brien Dorenz
Integrationsrat		
Sebastian Rehne (S)	Ulf Montanus	Monika Lehmhaus
Schulausschuss		
Dr. Christoph Schork (S)	Karsten Döriges	Julian Deterding
Monika Lehmhaus	Brien Dorenz	Mirko Rohloff
Sportausschuss		
Monika Lehmhaus (S)	Sebastian Rehne	Bodo Schadrack
Thomas Nicolin	Karsten Körner	Ulf Montanus
Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz		
Ulf Montanus (S)	Sebastian Rehne	–
Karsten Döriges	Linda Möller	Ferry Weber
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit		
Felix Droste (S)	Dr. Christoph Schork	Dr. Christine Rachner
Dagmar Saschek	Ulf Montanus	Dr. Jürgen Degethoff
Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung		
Sebastian Rehne (S)	Dr. Jürgen Degethoff	Thomas Butzke
Karsten Körner	–	Marc Wilhelm Held
Wahlprüfungsausschuss		
Manfred Neuenhaus (S)	Mirko Rohloff	–
Seniorenrat		
Dr. Jürgen Degethoff (S)	Kyriaki Zafiri	–

UNSERE BEZIRKSVERTRETERINNEN UND -VERTRETER

Mit Engagement in allen Stadtteilen



DIE BEZIRKSVERTRETER:INNEN VOR ORT

- BV 1** Gesa Jauck (1) und Daniela Masberg-Eikelau (2)
- BV 2** Stephan Meyer (3) und Patrick Bölling (4)
- BV 3** Jan Feldmann (5)
- BV 4** Brien Dorenz (6) und Dr. Ulrich Peters (7)
- BV 5** Dr. Dr. Marianne Hagen (8) und Laura Litzius (9)
- BV 6** Ferry Weber (10) und Georg Oppermann (11)
- BV 7** Julian Deterding (12) und André Kiel (13)
- BV 8** Bodo Schadrack (14)
- BV 9** Thomas Nicolin (15)
- BV 10** Thomas Butzke (16)

Opernhaus

Radverkehr

Mobilitätswende

Invictus Games

Digitalisierung

Gaslaternen

Parkraum

Freie Kunstszene

Wohnungsbau

Stadtverschuldung

Immobilienkrise

Israel

Hickhack bei Mindestpreisen für Uber und Co.

... kommt politische Grundsatzkritik vor allem von der FDP. Felix Mölders spricht von einer „Negativspirale“, wonach höhere Preise zu einer geringeren Auslastung führen. „Das ist der absolut falsche Weg.“ Er plädiert daher für flexiblere Taxitarife, wie sie der Düsseldorfer Ökonom Justus Haucap in einem Interview mit unserer Redaktion bereits vorgeschlagen hatte. Die Stadt will höhere Tarife für Mietwagen mit Chauffeur vorschreiben. Doch den veröffentlichten Vorschlag zieht sie wieder zurück. Was Nutzer jetzt erwarten können.

Rheinische Post vom 12. Januar



Wie die Politik zu höheren Parkgebühren steht

Im Verkehrsausschuss der Stadt Düsseldorf zeichnete sich ein eindeutiges Stimmungsbild zu höheren Parkgebühren ab – trotz zum Teil auch scharf geführter Debatte. Was Autofahrer jetzt erwartet. Eine scharfe Debatte entbrannte um die Frage, ob der Handel unter den neuen Preisen leiden werde. Felix Mölders (FDP) sah das so und sprach von einer „Anti-Auto-Gebühr“. Das unter anderem von Verkehrsdezernent Jochen Kral vorgetragene Gegenargument lautete, dass der Handel von einer attraktiveren Innenstadt profitieren werde. Dazu müsse der öffentliche Raum hochwertiger gestaltet werden. Möglich werden soll das, indem etwa breitere Gehwege entstehen, wo früher Stellplätze waren, während Autos in Parkhäusern stehen.

Rheinische Post vom 12. Januar



Marie-Agnes Strack-Zimmermann legt Ratsmandat nieder

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus: Im Namen der Fraktion danke ich Marie-Agnes Strack-Zimmermann für 19 Jahre intensiver und enorm erfolgreicher Ratsarbeit. Ihr außergewöhnliches Talent für Politik hat sie über zwei Jahrzehnte mit vollem Erfolg in die Düsseldorfer Kommunalpolitik eingebracht. Die positive Entwicklung Düsseldorfs in den letzten 20 Jahren ist eng mit ihrer Arbeit verbunden. Die Fraktion versteht und akzeptiert die Gründe des Mandatsverzichts von Marie-Agnes Strack-Zimmermann. In der täglichen Arbeit wird uns aber eine kluge Freundin fehlen. Durch ihre Arbeit als Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete bleiben wir aber eng verbunden. Die Fraktion sagt ganz herzlich „Danke!“.

FDP vom 16. Januar

Auszug aus dem Schreiben von Marie-Agnes Strack-Zimmermann zur Niederlegung des Ratsmandats:

Angesichts meiner Aufgaben im Deutschen Bundestag seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, wird es Sie sicherlich nicht wirklich überraschen, dass Veränderungen ins Haus stehen: zum 1. Februar 2023 werde ich Abschied nehmen von meinen kommunalpolitischen Aufgaben und nach 5 Jahren als Mitglied in der Bezirksvertretung und 19 Jahren als Mitglied im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf, mein Mandat als Ratsfrau niederlegen. Es war für mich – kurz zusammengefasst – eine glückliche, eine ungeheuer spannende Zeit. Gemeinsam mit vielen FDP Kolleginnen und Kollegen durfte ich die Stadt mitgestalten. Manches, was heute so selbstverständlich scheint, haben wir mit

vereinten liberalen Kräften in unterschiedlichen Koalitionen durchgesetzt. Als Mitglied des Deutschen Bundestages werde ich weiterhin für meine Heimatstadt Düsseldorf da sein.

FDP vom 16. Januar

Marie-Agnes Strack-Zimmermann verlässt den Stadtrat

Fast 25 Jahre hat sich Marie-Agnes Strack-Zimmermann in der Kommunalpolitik engagiert. Jetzt verlässt sie den Düsseldorfer Stadtrat und konzentriert sich auf ihre Arbeit in Berlin. Das sind die Gründe. Die Düsseldorfer FDP-Chefin und Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann verlässt den Stadtrat. Die 64-Jährige legt ihr Ratsmandat am 1. Februar nieder. „Damit endet meine Zeit in kommunalpolitischen Gremien nach fast 25 Jahren. Sie hat mich bereichert und ich bin dafür dankbar“, sagt die Liberale, die seit 2004 im Stadtrat saß und zuvor bereits fünf Jahre in der Bezirksvertretung 7 (Gerresheim etc.) aktiv war.

Rheinische Post vom 16. Januar

Was wird nun mit dem Musikpavillon vom Carschhaus?

Bei der FDP ist man unterdessen nicht allzu unglücklich, dass der Pavillon gerade im wahrsten Sinne aus dem Blickfeld verschwunden ist: „Das Thema ist für uns nachrangig, zumal es kein historisches Bauwerk, sondern ein Nachbau war“, sagt Fraktionschef Manfred Neuenhaus. „Und ich habe keinen Vorschlag für einen neuen Standort gehört, der gut geeignet gewesen wäre. Wenn jemand eine gute Idee hat, sind wir dafür offen – ansonsten haben wir aber nichts dagegen, dass er erst mal eingelagert bleibt.“ Seit der Pavillon auf dem Heinrich-Heine-Platz in Düsseldorf abgebaut wurde, war seine Zukunft plötzlich kein Thema mehr. Wir haben recherchiert, welche Standorte die Stadt überhaupt für möglich hält. Zudem hat es bei der Demontage offenbar böse Überraschungen gegeben.

Rheinische Post vom 19. Januar

Das sagen die Politiker zum Calatrava-Boulevard

Das sieht auch FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus so. Er schlägt neben der Produktion neuer Ansichten einen Termin der Planungspolitiker an der Königstraße vor. Das Erscheinungsbild des Platzes mit Ministerium und Kirche aus der Preußenzeit dürfte nicht zu stark beeinträchtigt werden. Bei den Planungspolitikern gibt es ein gemischtes Meinungsbild zum Calatrava-Boulevard. Vor allem wird Kritik an der Auswahl der präsentierten Visualisierungen geübt.

Rheinische Post vom 25. Januar

Warum Düsseldorfs FDP vor einem großen Umbruch steht

Nach Marie-Agnes Strack-Zimmermann kündigt auch Manfred Neuenhaus seinen Abschied an. Die FDP verliert im Düsseldorfer Stadtrat ihre prägenden Figuren und muss sich zur nächsten Wahl neu aufstellen. Die FDP steht im Stadtrat vor einem großen personellen Umbruch. Kurz nachdem Marie-Agnes Strack-Zimmermann zugunsten der Bundespolitik ihren Rückzug aus dem Gremium bekannt gegeben hatte, kündigt nun der Vorsitzende und Geschäftsführer der Fraktion Manfred Neuenhaus auf Nachfrage unserer Redaktion seinen



Abschied an. „Ich werde bei der nächsten Wahl nicht mehr für den Stadtrat kandidieren und möchte dann noch mal etwas ganz Anderes abseits der Kommunalpolitik machen“. Diese bestimmt Neuenhaus in Düsseldorf bereits seit fast 25 Jahren mit. 1999 wurde er Geschäftsführer der FDP-Fraktion, 2009 zog er zusätzlich in den Stadtrat ein und wurde Fraktionsvorsitzender. Nun steht fest, dass der 63-Jährige die Geschäftsführung schon Ende dieses Sommers oder zu Beginn des Herbstes abgeben wird. „Ich werde der Fraktion in einigen Wochen dazu einen Vorschlag machen, über den dann abgestimmt wird.“ Vorsitzender will Neuenhaus bis zur Wahl im Jahr 2025 bleiben. Die Fraktion sei über diese Schritte informiert und unterstütze das Vorgehen. Mit seinem Abschied auf Raten will Neuenhaus für einen „möglichst fließenden Übergang“ sorgen. Und jeder soll die gleichen Chancen haben zu überzeugen. Denn im nächsten Jahr sollen die Weichen für die neue Ratsperiode gestellt werden und bei der Kreiswahlversammlung die Entscheidungen über die Spitzenpositionen fallen.

Rheinische Post vom 26. Januar

Christoph Schork rückt für Marie-Agnes Strack-Zimmermann in den Rat nach

Für Marie-Agnes Strack-Zimmermann rückt mit Platz 10 auf der Ratsliste Dr. Christoph Schork in den Rat nach. Christoph Schork ist Schatzmeister des FDP-Kreisverbands und ein erfahrener Kommunalpolitiker. Wir begrüßen ihn herzlich in den Reihen der Ratsmitglieder und freuen uns auf die gemeinsame Arbeit. Christoph Schork übernimmt für die Fraktion die Aufgabe des schulpolitischen Sprechers und wird neben Mirko Rohloff die Fraktion im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung vertreten.

FDP vom 30. Januar

Stadt Düsseldorf will erstmals Haushalt für zwei Jahre

Auch FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus vermutet, dass sich mancher nicht mehr vor der Wahl stellen wolle. Zudem werde das Recht des Rates im zweiten Jahr eingeschränkt. „Die Schulden sollen wohl still und heimlich gemacht werden.“ So gebe es zwar weniger Arbeit für die Regierung, aber auch weniger Transparenz für Bürgerinnen und Bürger. Mehr Planungssicherheit sei zudem nicht unbedingt gegeben, da über Nachtragshaushalte nachgesteuert werden müsse. Die Stadtverwaltung will zum ersten Mal einen Doppelhaushalt aufstellen. Die kommende Haushaltssatzung soll also für zwei Jahre und nicht mehr nur ein Jahr festgesetzt werden. Dieses Vorgehen ist laut Gemeindeordnung NRW möglich, in Köln zum Beispiel seit Jahren üblich. Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) begründet den Schritt auf Nachfrage unserer Redaktion damit, dass die besonderen Herausforderungen, denen sich Düsseldorf aufgrund der aktuellen Entwicklungen und Krisen stellen müsse, auch die Beschreitung neuer Wege erfordere, um die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen. Hintergrund: Der Stadt gehen in diesem Jahr vermutlich die Ersparnisse nahezu aus, gleichzeitig rechnet sie für 2024 und 2025 mit einem Defizit von mehr als 400 Millionen Euro, sodass der nächste Haushaltsplan wahrscheinlich genehmigungspflichtig werden wird und Düsseldorf ein Stück finanzielle Unabhängigkeit verliert.

Rheinische Post vom 31. Januar



Februar

Schulbau-Kontroverse in Düsseldorf: Mieten kontra Kaufen

Kritik kommt vor allem von der Opposition. „Wenn sich die Mehrheit schon nicht ausreichend um neue Einnahmen kümmert, sollte sie die anstehenden Schulden für den Schulbau wenigstens im Kernhaushalt ausweisen“, sagt FDP-Schulexperte Mirko Rohloff. Schon aus Transparenz-Gründen dürfe es keinen Plan geben, die Ausgaben in womöglich dauerhaften Mietzahlungen an einen Dritten zu verstecken. „Bleibt die Vorlage unverändert, werden wir dem Vorschlag nicht zustimmen“, sagt er. Denn ein Modell, bei dem die Immobilie möglicherweise erst nach Jahrzehnten in das Eigentum der Stadt falle, sei nicht akzeptabel. Am Donnerstag streitet der Rat über die Frage, ob die Stadt neu errichtete Schulgebäude längerfristig von einem Partner mieten soll. Die Vorstellungen gehen weit auseinander – auch darüber, ob öffentlich diskutiert werden soll.

Rheinische Post vom 1. Februar

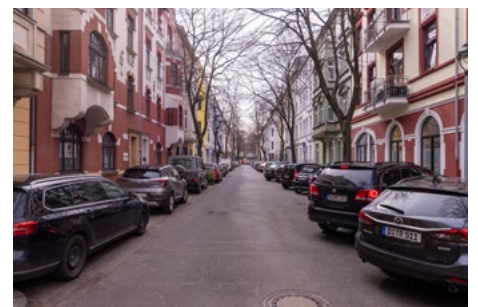
Gastro-Terrassen – Die FDP hat vorgeschlagen, die Gebühren für dieses Jahr noch einmal zu erlassen

Gastronomen werden ab kommender Sommersaison wieder Gebühren für Terrassen im Straßenraum zahlen müssen. Wie von der Verwaltung vorgeschlagen, werden die Tarife allerdings nur zur Hälfte berechnet. Änderungsanträge scheiterten. Die FDP hatte vorgeschlagen, die Gebühren für dieses Jahr noch einmal zu erlassen, da die Folgen der Pandemie und der Energiekrise noch sehr belastend für die Gastronomen seien. Andreas Auler von der CDU betonte allerdings, dass mit der Erlassung der Gebühren zuletzt schon ein deutliches Zeichen der Unterstützung an die Gastronomie gesetzt worden sei, das werde jetzt maßvoll fortgesetzt.

Rheinische Post vom 3. Februar

So entschied der Stadtrat über höhere Parkgebühren

Zur Debatte standen deutlich höhere Tarife für das Kurzzeitparken in Düsseldorf. Zudem stimmten die Parteien etwa über ein neues Hochwasserschutzsystem und Terrassengebühren für Gastronomen ab. In der ersten Sitzung des Stadtrates in diesem Jahr sorgte vor allem das Thema Parken für emotional geführte Debatten. Doch auch weitere wichtige Entscheidungen wurden bei mehr als 30 Tagesordnungspunkten getroffen. Die wichtigsten Themen. Parkgebühren Kurzzeit-Parken wird deutlich teurer. In einer wachsenden Innenstadt-Zone geht es von 2,90 auf 4,50 Euro pro Stunde hinauf. Im restlichen Gebiet innerhalb der Umweltzone steigt der Preis von 2,10 auf drei Euro. Außerhalb steigt der Tarif von 1,50 auf zwei Euro. Mit breiter Mehrheit stimmte der Stadtrat dafür. Mirja Cordes von den Grünen sprach von einem „überfälligen Schritt“, mit dem man sich in Richtung anderer europäischer Metropolen entwickle. Der wertvolle öffentliche Raum in der Stadt könne so perspektivisch genutzt werden, auch verstärkt für Verkehrsmittel des Umweltverbunds. Parkende Autos würden über die Preisgestaltung eher in Parkhäuser verlegt. Scharfe Kritik kam von FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Eine fürsorgliche Stadt würde diese Preiserhöhung seinen Bewohnern in dieser Zeit der Krisen nicht zumuten. Zudem würden Fachkräfte vergrault oder auch andere Pendler, die in der Stadt arbeiteten. „Ich bin auch für weniger Autos in der Stadt. Aber nicht mit Gewalt.“ Zudem lehnte



die FDP ab, dass E-Autos wieder, wie jetzt beschlossen, Parkgebühren zahlen müssen. Getragen wurde diese Entscheidung wie die neue Gebührenordnung allerdings von der SPD. Martin Volkenrath führte als Argument zum Beispiel weniger Parkraumsuchverkehr an, da Parkhäuser direkter angesteuert würden. Allerdings müssten die Bürger besser informiert werden, wenn nun neue Parkscheinautomaten aufgestellt, aber noch kein Anwohnerparken eingeführt sei. CDU-Verkehrsexperte Andreas Hartnigk verwies auf „ein sehr gut“ funktionierendes ÖPNV-Angebot in der Innenstadt. „Da muss ich kein Auto abstellen.“ Zudem entgegnete er der FDP, dass niemand ein Elektro-Auto kaufe, um damit Parkgebühren zu sparen, sondern aus Überzeugung.

Rheinische Post vom 3. Februar

Anwohnerparkgebühren in Düsseldorf „Das ist eine Erziehungsmaßnahme“

Manfred Neuenhaus wird noch deutlicher. „Das ist eine Erziehungsmaßnahme, die viel Geld kostet und nichts bringt“, sagt der FDP-Fraktionschef. Es könne gut sein, dass die höheren Gebühren in fünf Jahren die richtige Maßnahme seien, wenn Alternativen wie Rheinbahn und Mobilitätsstationen ausgebaut seien. „So aber wiederholt Schwarz-Grün den Fehler von Thomas Geisel bei den Umweltpuren.“ Es werde zu wenig für die Verkehrswende getan und etwas implementiert, was noch nicht an der Zeit sei. Die Menschen seien jetzt durch Inflation und Krieg finanziell belastet und in Unsicherheit, da passe dieser Schritt nicht. CDU und Grüne haben sich auf höhere Anwohnerparkgebühren geeinigt. Kritiker bemängeln den Zeitpunkt und befürchten negative soziale Auswirkungen.

Rheinische Post vom 8. Februar

März



Mehr Rücksicht auf Fußgängerinnen und Fußgänger

Das Thema Fußverkehr ist der FDP-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Wir haben dazu bereits mehrere Anträge im Rat gestellt (RAT/657/2021; RAT/454/2021). Die Einrichtung einer Stelle für einen Fußverkehrsbeauftragten/eine Fußverkehrsbeauftragte ist der erste richtige Schritt, um die Belange von Zufußgehenden zu berücksichtigen. Zum 01.01.2023 wurde im Stellenplan des Amtes für Verkehrsmanagement eine Stelle für einen Fußverkehrsbeauftragten/eine Fußverkehrsbeauftragte eingerichtet. Maßgeblich für den Erfolg ist allerdings eine zügige Besetzung dieser Stelle und eine entsprechende Ausgestaltung des Aufgabenbereichs und die Information der Gremien über eingeleitete Maßnahmen. Wir stellen deshalb folgende Fragen an die Verwaltung in der Sitzung des Rates am 09.03.2023:

1. Wurde die Stelle für einen Fußverkehrsbeauftragten/eine Fußverkehrsbeauftragte besetzt? Falls nicht, wie ist der Stand des Besetzungsverfahrens?
2. Was ist die konkrete Aufgabenstellung/Aufgabenbeschreibung?
3. Gibt es bereits ein Konzept für das Thema „Fußverkehr“? Falls nein, wann ist damit zu rechnen und welchen Gremien soll dieses vorgestellt werden?

FDP vom 2. März

Die Stadt Düsseldorf soll das Wohnen nicht verteuern – Grundsteuerhebesätze für 2025 deshalb aufkommensneutral gestalten

Als Stadtrat müssen wir alles vermeiden, was Wohnen in Düsseldorf noch teurer macht. Unser Ziel ist es, dass Mieterinnen und Mieter – ebenso wie Eigentümerinnen und Eigentümer – nicht durch die Stadt Düsseldorf stärker belastet werden. Deshalb beantragen wir der Ratssitzung am 09. März 2023: Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung bereits jetzt, die Grundsteuerhebesätze für 2025 so zu gestalten, dass diese hinsichtlich des erhobenen jährlichen Gesamtbetrages aufkommensneutral sind.

FDP vom 2. März

Wird das Düsseldorfer Luise-Gymnasium doch verkauft? FDP-Fraktion gegen den Verkauf

Auch mit der oppositionellen FDP können die Christdemokraten nicht rechnen. Deren Bau- und langjähriger Schulexperte Mirko Rohloff versäumt zwar sonst keine Gelegenheit, die schwarz-grüne Mehrheit zu ermahnen, beim Generieren größerer Einnahmen endlich kreativer zu werden. Doch das Gebäude an der Bastionstraße nimmt er davon aus. „Es gibt Mittel und Wege, diese Räume für die Bürger nutzbar zu machen“, sagt der Liberale und schlägt vor, dort unter anderem die zurzeit am Stadtrand gelegene Abend-Realschule unterzubringen. Eigentlich hatte sich die Politik darauf festgelegt, die Immobilie im Herzen der City schulisch oder kulturell weiter zu nutzen. Doch angesichts knapper Kassen und möglicher Millionen-Einnahmen wackelt diese Festlegung.

Rheinische Post vom 7. März



Calatrava-Boulevard zwischen Jubel und Ablehnung

Für die FDP ist der Boulevard eine „sehr spannende Weiterentwicklung der Kö und ihrer Umgebung. Uns war es wichtig, dass die historischen Fassaden auf der Kö erhalten bleiben und damit das Erscheinungsbild der Kö seinen Charme behält“, so Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Der Calatrava-Boulevard selbst biete große Chancen, das Stadtbild zu verschönern und Düsseldorfs Ruf als Einkaufsstadt mit hohem Erlebniswert auszubauen. Der geplante Calatrava-Boulevard an der Kö in Düsseldorf polarisiert die Stadt. Das Vorhaben der Centrum-Gruppe wird begrüßt, aber die Dimension und die Nutzung des Boulevards werden diskutiert.

Rheinische Post vom 7. März

Debatte um historische Straßenleuchten

Ganz anders sieht das Mirko Rohloff, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, weshalb seine Fraktion auch gegen die Verlängerung des Moratoriums stimmen werde. „Es gab einen überparteilichen Kompromiss mit einer sehr engagierten Bürgerschaft. Da muss man als Politik auch verlässlich sein.“ Zudem gebe es keinen Zeitdruck bei der Entscheidung, mehr als 11.000 Gaslaternen gebe es noch, es werde noch Zeit brauchen, bis weitere 1000 Laternen umgerüstet seien. „Wir sparen mit einem weiteren Reduktionsprogramm kurzfristig kein Gas.“ Eigentlich sollten 10.000 Gaslaternen in Düsseldorf erhalten bleiben. Doch angesichts der Energiekrise steht dieser Beschluss auf dem Prüfstand. Wofür jetzt Politiker aus unterschiedlichen Fraktionen plädieren.

Rheinische Post vom 9. März



FDP-Ratsfraktion: Gaslaternen erhalten – Innovative und klimafreundliche Technologien umsetzen

Warum setzt sich die FDP für den Erhalt der alten historischen Gaslaternen ein? Das Düsseldorfer Gasleuchtennetz ist das größte der Welt und wird daher von Fachleuten als Denkmal nationaler Bedeutung angesehen. Gaslaternen schaffen die typische „Düsseldorfer Gemütlichkeit“ im Zentrum und in den Stadtteilen. Als touristisches Highlight in fast allen Stadtteilen wollen wir mit zielgerichteter Vermarktung Gastronomie, Hotellerie und Geschäfte im gesamten Stadtgebiet stärken. Das Gaslicht ist aber auch industriehistorisch bedeutend. Daher setzen wir uns für eine dauerhafte Unterschutzstellung ein. Außerdem streben wir eine Bewerbung für die Anerkennung als UNESCO-Welterbe an, der von Experten gute Chancen eingeräumt werden. Zudem möchten wir weitere unsinnige und teure Umbaumaßnahmen verhindern. Das gesparte Geld soll stattdessen in die Umrüstung von Natriumdampfhochdruckleuchten auf warmweiße LED-Technologie und in die energetische Sanierung städtischer Gebäude investiert werden, um den Gesamtenergieverbrauch weiter zu senken. Des Weiteren setzt sich die FDP Düsseldorf dafür ein, die Gaslaternen klimaneutral zu betreiben. Mittels Power-to-Gas-Technologie werden wir durch Innovation die Zukunft der Gasbeleuchtung klimafreundlich gestalten.

FDP vom 9. März

157 Erzieher-Stellen in städtischen Kitas zurzeit nicht besetzt

Am Rande der Sitzung mahnte FDP-Ratsfrau Christine Rachner mehr Kreativität bei der Fachkräftegewinnung an. „Es gibt hochmoderne Apps, die die Chancen auf einen Treffer im Markt nachhaltig erhöhen.“ Düsseldorf müsse unbedingt verhindern, dass am Ende die maximale Betreuungszeit auf weniger als 45 Stunden pro Woche gedeckelt werde. „Es gibt Beispiele, wo der Personalmangel bereits dazu geführt hat.“ Der Druck beim Thema Kinderbetreuung in Düsseldorf steigt. Eine dreistellige Zahl an Stellen ist in den städtischen Tageseinrichtungen vakant und auch die Krankenquote steigt. Was die Lage noch verschärfen könnte.

Rheinische Post vom 16. März

Wo Radfahrer künftig bei Rotlicht fahren dürfen

Dieses Fazit verleitete Felix Mölders von der FDP scherzhaft dazu, Rütz die Mitgliedschaft in seiner Partei anzubieten. Doch auch ganz ernsthaft stimmte die FDP wie zuletzt selten bei Verkehrsthemen (siehe höhere Parkgebühren) dem Antrag zu. Mölders sah es als Versäumnis des Bundes, dass der Geradeauspfeil nicht bereits Teil der Gesetzesnovelle im Jahr 2020 gewesen sei. „Das ist verpennt worden.“ Seine Fraktion gehe von „vernünftigen und verantwortungsvollen Entscheidungen“ der Verkehrsteilnehmer aus. An manchen Ampeln sollen Radfahrer auch bei Rot geradeaus fahren dürfen. Dafür soll sich die Stadt Düsseldorf jetzt beim Bund einsetzen. Warum die Politik das vorschlägt, welche Vorbilder es gibt und an welchen Stellen das neue Verkehrsschild sinnvoll sein könnte.

Rheinische Post vom 17. März

Düsseldorfer Ratsopposition kritisiert Absage des Gesundheitsausschusses

Zum zweiten Mal in diesem Jahr wird auf die Sitzung verzichtet. Der Vorsitzende verteidigt das. SPD und FDP fordern dagegen, den Termin Ende März einzuhalten. Die Opposition im Rat übt deutliche Kritik an der erneuten Absage des Gesundheits- und Sozialausschusses (AGS). „Es ist bereits die zweite Absage im laufenden Jahr, wir halten dieses Vorgehen für fahrlässig, schließlich behandelt das Gremium ein wichtiges Themenspektrum“, sagt FDP-Ratsfrau Christine Rachner. Der AGS ist einer von 21 Ausschüssen des Rates. Neben Gesundheits- und Sozialpolitik kommen dort auch integrationspolitische Themen zur Sprache. „Hier geht es um sensible gesellschaftliche Bereiche, wie die sozialen Sicherungssysteme, die Gesundheitsfürsorge, die Flüchtlinge, die Obdachlosenhilfe und die Inklusion“, sagt Bürgermeisterin und SPD-Ratsfrau Claudia Zepunkte. Die Absage sei „nicht tragbar“, schließlich hätten die Aufnahme der Flüchtlinge und die Folgen von Inflation und Energiekrise auch nach Ende der Pandemie ihren Stellenwert. CDU-Ratsherr Andreas-Paul Stieber, der als Ausschussvorsitzender die Sitzung abgesagt hatte, teilt die Kritik der Opposition nicht. „Es gab keine entscheidungskritischen Vorlagen oder Anträge und auch die üblichen Berichte zur Pandemie und zu den Ukraine-Flüchtlingen gibt es nicht mehr“, sagt der Politiker. Deshalb sei es legitim, darauf zu verzichten, drei Dezernenten sowie eine große Zahl von Politikern einzubestellen. Ein Vortrag und zwei Anfragen reichten dafür nicht aus. „Die dadurch verursachten Ausgaben erscheinen mir in diesem Fall einfach unbotmäßig“, betont Stieber. SPD und FDP halten das nicht für stichhaltig und wollen nicht bis zum nächsten Termin im Mai warten. „Wir hätten gerne über eine Bilanz der Corona-Pandemie oder über ein Demenz-Dorf gesprochen“, sagt Rachner. Die Absage müsse zurückgenommen werden. „Der Ausschuss sollte Ende März tagen.“

Rheinische Post vom 20. März



Düsseldorfer FDP-Politiker Neuenhaus „Verkehrswende kann Milliarden kosten“

Die Verkehrswende in Düsseldorf wird teuer. Die Ratsmehrheit muss sich bei den Kosten, die in die Milliarden gehen könnten, ehrlich machen, fordert FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus: „Ich weiß, deswegen wird zwar über die Verkehrswende gesprochen, aber nicht über die Kosten. Da muss sich die schwarz-grüne Ratsmehrheit ehrlich machen. Die Verkehrswende ist mit einem Investitionsvolumen von 1,5 bis zwei Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren verbunden. Das wissen alle, aber es wird nicht gesagt. Die zusätzlichen Fahrzeuge bekommen wir auch nicht mehr in den vorhandenen Depots unter, deswegen benötigen wir mindestens einen zusätzlichen Betriebshof.“

Rheinische Post vom 21. März

Darum soll die Stadt die Düsseldorfer Schultoiletten zwei Mal am Tag reinigen

Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft dürfe es bei diesem Thema nicht geben. Das sieht auch FDP-Ratsherr und Bauexperte Mirko Rohloff so. „Es kann nicht sein, dass wir in Stadtteilen wie beispielsweise Rath, Hassels oder Garath mit schmutzigeren Toiletten leben müssen, weil sich dort Familien mit einem im Schnitt geringeren Haushaltseinkommen eine privat finanzierte Initiative nicht leisten können.“ Die FDP erwarte hier einheitliche Standards in ganz Düsseldorf und sehe

das als originäre Aufgabe der Stadt, betont der Politiker. Zehn Jahre nach dem Programm „Sanieren macht Schule“ wird wieder kontrovers über die Sauberkeit von Schultoiletten gesprochen. Anlässe dafür gibt es genug.

Rheinische Post vom 27. März

Stadt will Raubkunst-Streit beilegen

Der Vorsitzende des Kulturausschusses Manfred Neuenhaus (FDP) signalisiert bereits deutliche Zustimmung zum Vorschlag. „Die Raubzüge der Nazis waren so umfangreich, wir werden sie nicht mehr ganz nachvollziehen können. Wir müssen deshalb im Zweifel davon ausgehen, dass Kunstwerke geraubt wurden.“ Zudem sei es sehr schön, dass das Bild in der Stadt verbleiben kann. Das Schadow-Gemälde „Die Kinder des Künstlers“ hatte eine wichtige Rolle bei der weltweit kritisierten Absage einer Ausstellung über den jüdischen Galeristen Max Stern gespielt. Wie die Stadt jetzt mit der Rückgabe-Forderung der Stern-Stiftung umgehen will.

Rheinische Post vom 27. März



FDP zu den rassistischen Vorfällen Ellerstraße:

Jede Form von Rassismus und Diskriminierung sind eine Bedrohung für unsere liberale freiheitliche Gesellschaft. Vor einer Woche wurden in Oberbilk an zwei Stellen Straßenschilder der Ellerstraße durch zwei Schilder in arabischer Sprache ergänzt. Nun wurde ein Schild, vermutlich von einer rechten Gruppierung, überklebt und mit rassistischen Hinweisen versehen. Dazu erklärte FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus für die Liberalen: Derartigen Vorfällen müssen wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Jegliche Formen von Diskriminierung und Rassismus sind für uns nicht hinnehmbar. Wir müssen verstärkt aufklären und gleichzeitig jegliche Form von Rassismus konsequent ahnden. Die Stadt Düsseldorf hat sofort Anzeige erstattet – und damit schnell und richtig reagiert.

Rheinische Post vom 27. März

April

Hofgarten-Konzerte haben eine ungewisse Zukunft

Den stillen Tod der Konzertreihe hätte die Politik nicht hingenommen. Manfred Neuenhaus (FDP), der Vorsitzende des Kulturausschusses, spricht von einer ebenso beliebten wie sympathischen Düsseldorfer Institution. Die Konzerte seien bekannt und attraktiv, die Menschen kämen schon eine halbe Stunde vorher zum Musikpavillon, um sich einen guten Platz zu sichern. Die Stadt Düsseldorf organisiert wichtige Veranstaltungen neu. Die beliebte Konzertreihe im Hofgarten findet dieses Jahr nun doch statt – aber wie es weitergeht, ist offen.

Rheinische Post vom 12. April

FDP unterstützt Bürgerbegehren gegen Zuschuss für Kirchentag

„Auch wir wollen keinen Zuschuss aus dem kommunalen Etat und unterstützen das vom Düsseldorfer Aufklärungsdienst angestoßene Begehren, das eine solche Mitfinanzierung verhindern will“, sagt Mirko Rohloff, kirchenpolitischer Sprecher der FDP-Ratsfraktion. Entscheidend für dieses Votum sei der Gedanke, die Trennung von Staat und Kirche künftig konsequenter umzusetzen. Deshalb werbe man innerhalb der Partei nun auch dafür, das

Begehren zu unterschreiben. „Entscheiden soll das aber jedes Mitglied für sich“, betont der Ratsherr. Noch bis zum 21. April sammelt der Düsseldorfer Aufklärungsdienst Unterschriften. Das Ziel: Der Evangelische Kirchentag 2027 soll nicht aus der Stadtkasse mitfinanziert werden. Wie es um die Chancen des Bürgerbegehrens steht.

Rheinische Post vom 13. April

Kulturbanausen hoffen auf Hilfe der Stadt

„Es wäre ein Jammer, wenn es mit dem Ratinger Hof nicht weiterginge“, sagt Manfred Neuenhaus (FDP), der Vorsitzende des Kulturausschusses. „Es ist wichtig, dass er weiter bespielt wird.“ Wenn die Betreiber den Club weiterführen wollten, sollten sie ihr Konzept darlegen und einen Antrag für die Förderung im nächsten Jahr stellen. Die Kulturbanausen wollen über den Sommer ihr neues Konzept umsetzen. Ob schon zum Herbst eine Förderung möglich ist, lässt Neuenhaus offen. Man müsse schauen, ob man eine Finanzierungsmöglichkeit finde. Nachdem die Betreiber des Ratinger Hofes Insolvenz angemeldet haben, gibt es erste Signale aus der Politik. Besteht eine Chance auf Rettung der legendären Musikkneipe?

Rheinische Post vom 15. April

Mehrheit ist für neue Oper an der Heinrich-Heine-Allee

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus sagt, er habe den Eindruck, die Grünen wollten keine Oper bauen. Jetzt sei OB Keller gefragt. Er müsse bei diesem zentralen Projekt die Führung übernehmen. Neuenhaus spricht sich für die Heine-Allee aus. Es sei bereits zu viel Zeit vergeudet worden. Selbst die Kostensteigerungen schrecken den Liberalen nicht, auch 850 Millionen Euro seien für die Stadt zu stemmen. „Düsseldorf kann sich eine Public-Private-Partnership leisten.“ Wie bei Kö-Bogen I und II werde Düsseldorf mehr durch die Projekte verdienen, als die Stadt dafür ausbebe. Im Stadtrat zeichnet sich eine deutliche Mehrheit für den kostenpflichtigen Inhalt Neubau der Oper an der Heinrich-Heine-Allee ab. Das ergibt eine Umfrage unserer Redaktion bei den vier großen Fraktionen des Stadtparlaments. Einzig bei den Grünen ist wie bereits in den letzten Monaten Skepsis auszumachen.

Rheinische Post vom 16. April

Bekommt Düsseldorf ein erstes Demenzdorf?

Die FDP will, dass sich Düsseldorf ein Beispiel an gelungenen Projekten in anderen Städten nimmt. Welche Vorteile in der Einrichtung eines Demenzdorfs gesehen werden und welche nächsten Schritte jetzt erfolgen sollen. Welche Chancen hat ein Demenzdorf in Düsseldorf? Dieser Frage nachgehen soll nach Wunsch der FDP die Stadt zusammen mit Trägern der Wohlfahrtspflege und auch mit Pflegekassen. Laut Antrag für die Ratssitzung am Donnerstag sollen die Erkenntnisse dann im Ausschuss für Gesundheit und Soziales diskutiert werden. Vorbild ist laut Christine Rachner, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, das niederländische Dorf De Hogeweyk. Auch in Hilden steht mit dem Ahorn-Karree im Dorotheenviertel der Graf-Recke-Stiftung ein ähnliches Projekt vor der Eröffnung.

Rheinische Post vom 20. April





Felix Mölders: Nein zu höheren Anwohnerparkgebühren

Ordnungs- und Verkehrsausschuss – Am 26.04.2023 geht es im OVA um die „Strategie zum Parkraummanagement“. Im Vordergrund stehen dabei die neuen Anwohnerparkgebühren von 360€ im Jahr ab Oktober. Meine Überzeugung ist: es wird der zweite vor dem ersten Schritt gemacht. Die Infrastruktur ist nicht bereit für die Verlagerung die man bewirken möchte. Es fehlt an Quartiersgaragen, stadtweitem Ride-Pooling Angebot, Park+Ride Möglichkeiten und einem leistungsstärkerem ÖPNV. Es bleibt der Eindruck, dass hier grüne Ideologie und ein löchriger Haushalt aufeinandertreffen.

Rheinische Post vom 26. April

Rat: Der große Streit um die dreckigen Schultoiletten

Auch die FDP sieht den Bedarf für zusätzliche Reinigungen, will den aber genauer ermittelt wissen. Auf Grundlage eines zu erstellenden Kriterienkatalogs zu Hygienestandards soll dann für jede Schule entschieden werden, ob eine zweite Reinigung nötig ist. Mirko Rohloff (FDP) argumentiere mit einem über die Jahre veränderten Schulalltag bis in den Nachmittag hinein, der mehr Reinigungsintervalle nötig mache. Wie die SPD wollen die Liberalen zudem über von der Stadt bei den Schulen angestoßene pädagogische Ansätze wie Kunstaktionen oder Toiletten-Paten Erfolge erzielen. Die emotionalste Debatte im Stadtrat entbrannte um die Sauberkeit von Schultoiletten. Dezernent Burkhard Hintzsche zeigte Beispiel-Fotos und nahm die Schulen in die Pflicht. Die SPD forderte dagegen von der Stadt mehr Reinigung. Wie es jetzt weiter gehen soll.

Rheinische Post vom 26. April



Rat: Stadt gibt Bild von Max Stern zurück und kauft es dann

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus, auch Vorsitzender des Kulturausschusses, sprach von einer politischen Willensentscheidung auf Grundlage moralischer Gründe. Im Rückblick auf die Naziherrschaft sagte er: „Man schämt sich dafür, was in dieser Stadt passiert ist.“ Nach langjährigem Streit über ein Shadow-Gemälde ist jetzt eine Lösung gefunden worden. Es befand sich einst im Besitz des jüdischen Galeristen Max Stern. Der Umgang mit einer Ausstellung über ihn hatte der Stadt einst weltweit negative Schlagzeilen eingebracht. Der Beitrag von FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus im Rat: Ob sich das Gemälde „Die Kinder des Künstlers“ von Friedrich Wilhelm von Schadow 1937 (zum Datum der Versteigerung des Galeriebestands Stern im Kunstauktionshaus Lempertz in Köln) noch im Besitz der Galerie Stern befand können wir nicht zu 100 % feststellen. Die Möglichkeit aber besteht. Unserer Ansicht nach ist es nicht die Aufgabe der Erben der Opfer des NS-Unrechtsstaates den Nachweis der Eigentumsverhältnisse zu erbringen. Die Beweispflicht liegt bei der Stadt Düsseldorf. Dabei ist entscheidend, ob das Gemälde im Zeitraum von 1937 bis 1941 (Besitzübernahme durch Carl Hold) zu einem fairen Preis und unter gerechten Bedingungen gehandelt wurde. Diesen Beweis kann die Stadt Düsseldorf nicht erbringen. Daher hat meine Fraktion das Restitutionsersuchen durch die Erben nach Dr. Max und Iris Stern befürwortet. In der NS-Zeit wurde nicht nur gemordet, es wurde auch im größten Stil geraubt. Dabei wechselten auch viele Kunstwerke unter Zwang die Besitzer. Wir können davon ausgehen, dass nur ein Bruchteil dieser Kunstwerke nach 1945 zurückgegeben wurden oder die Besitzer oder ihre Erben entschädigt wurden. Daher ist es wichtig, dass wir die Provenienzforschung in den städtischen Kulturhäu-

sern fortsetzen. Meine Damen und Herren, die Entscheidung die wir heute getroffen haben ist eine politische Entscheidung. Wir wollen diese Restitution. Es ist eine Entscheidung nach moralischen und politischen Werten und Überzeugungen. Taten, die im NS-Unrechtsstaat Deutschland begangen wurden, kann man nur moralisch bewerten. Ich schäme mich dafür, was in dieser Stadt passiert ist. Wir danken der Stern-Foundation, dem Oberbürgermeister und der Kulturdezernentin für ihren Einsatz bei den Gesprächen und freuen uns, dass das Gemälde in Düsseldorf bleibt.

Rheinische Post vom 26. April

Mai

Warum es bei der Rheinbahn neue Durchsagen geben soll

Felix Mölders führte aus, dass diese kostengünstige Neuerung eine große Erleichterung für erblindete Personen wäre, zudem auch für Menschen, die nicht lesen können. Scherzhaft fügte er hinzu: „Leuten, die aus der Altstadt kommen und etwas beschwipst sind, kann es auch helfen zu wissen, wo sie sich befinden.“ Nach einem einstimmigen Beschluss im Verkehrsausschuss sollen Fahrgäste bei Bahnfahrten besser informiert werden. Was genau vorgeschlagen wurde und aus welchen Gründen. Mit Durchsagen über Lautsprecher soll die Rheinbahn ihre Fahrgäste künftig zusätzlich über Standort und Bahn-Verbindung informieren. Die FDP hatte am Mittwochabend im Verkehrsausschuss nach dem Vorbild in Nürnberg vorgeschlagen, dass – wo Lautsprecher vorhanden sind – einfahrende Züge angekündigt und nach dem Zustieg Linie, nächste Haltestelle und Endstation genannt werden. Felix Mölders führte aus, dass diese kostengünstige Neuerung eine große Erleichterung für erblindete Personen wäre, zudem auch für Menschen, die nicht lesen können. Scherzhaft fügte er hinzu: „Leuten, die aus der Altstadt kommen und etwas beschwipst sind, kann es auch helfen zu wissen, wo sie sich befinden.“ Der Antrag für mehr Barrierefreiheit in der Bahn traf im Ausschuss auf Zustimmung. „Es ist sehr begrüßenswert, das Ziel der Barrierefreiheit weiter zu verfolgen“, sagte Kira Heyden von den Grünen. CDU und Grüne stellten sodann einen breiter gefassten Ergänzungsantrag, dem sich die FDP anschloss. So bekam die Verwaltung einstimmig den Auftrag, mit der Rheinbahn ein Konzept zur Verbesserung der Fahrgastinformation in den verschiedenen Medien zu entwickeln. Also nicht nur über Lautsprecher, sondern etwa auch auf der Internetseite, in der App oder an den dynamischen Fahrgastanzeigen. Die von der FDP vorgeschlagene akustische Barrierefreiheit über Lautsprecherdurchsagen in deutscher und englischer Sprache blieb Teil des Antrags. Wohlwollend kommentiert wurde dieser auch vom Behindertenrat. Renate Hoop ließ als selbst Sehbehinderte ausrichten, dass es eine Erleichterung sei, nicht mehr erst zum Ansage-Knopf an den „dynamischen Fahrgast-Informationsanlagen“ laufen zu müssen. Als Tipp gab sie noch auf den Weg, dass es auch per App aufrufbare Ansage-Systeme gebe. Diese Idee nahm Verkehrsdezernent Jochen Kral auf, da aus seiner Sicht so ein passgenaueres Angebot umsetzbar sein könnte.

Rheinische Post vom 2. Mai

Wie die Stadt gegen irreguläre Wohnungsnutzungen vorgeht

Zur Bilanz des Vorjahres gab es aus der Politik auch kritische Stimmen. Im Fachausschuss sagte Sebastian Rehne (FDP): „Diese Statistik zeigt einmal mehr, dass die Schutzsatzung kein Instrument ist, um eine signifikante Verän-



derung am Markt herbei zu führen.“ Hier werde die Not verwaltet. Effektiver wäre es, mehr Wohnraum zu schaffen. Mit Ordnungsverfahren geht die Stadt gegen irreguläre Nutzungen von Wohnraum vor. Wie das gelingt und welche neuen Möglichkeiten sie bei Kurzzeitvermietungen hat. Die Stadt hat nicht den Vorgaben entsprechende leer stehende oder nur kurzzeitig vermietete Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuführen können. Grundlage für dieses Vorgehen ist die seit 2019 geltende Wohnraumschutzsatzung. Sie besagt zum Beispiel, dass Wohnraum nicht länger als sechs Monate leer stehen darf, Kurzzeitvermietungen über 90 Tage pro Jahr hinaus können ebenfalls eine Zweckentfremdung darstellen. Zu Kurzzeitvermietungen stellte die Stadt jetzt im Wohnungsausschuss vor, dass im Vorjahr in 148 Fällen Kurzzeitvermietungen durch Anzeigen von Bürgern oder eigene Ermittlungen aufgefallen seien. Zum Teil schon aus den Vorjahren stammende Ordnungsverfahren wurden fortgeführt oder eingeleitet. Insgesamt gab es 165 Anhörungen. Zwangsgelder festgesetzt hat die Stadt in Gesamthöhe von 10.400 Euro. Unterm Strich konnten 18 nur kurzzeitig vermietete Wohnungen wieder dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt werden. Besser fällt die Bilanz bei leer stehenden Wohnungen aus. Hier waren es 54 rückgewandelte Wohnungen. In sieben Fällen wurden Zwangsgelder in Höhe von insgesamt 17.500 Euro festgesetzt. Mehr als 350 Anhörungen gab es. Über Anzeigen und eigene Recherchen wurden 367 Leerstände bekannt. Im bereits laufenden Jahr greift eine Neuerung, die die Verfolgung nicht regulärer Kurzzeitvermietungen einfacher macht. Diese Vermietungen über kurze Zeiträume müssen mindestens angezeigt oder sogar genehmigt werden, eine ID-Nummer ist verpflichtend (knapp 1000 waren Ende letzten Jahres vergeben). Die Stadt teilt nun mit, dass bei einer ersten Sichtung auf Plattformen wie Airbnb und Booking.com einige Angebote nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang standen. In Belegungskalendern seien Buchungen über die genehmigungsfreien Tage hinaus festzustellen gewesen. Zudem seien 331 Angebote ohne ID-Nummer ermittelt worden. Die Stadt droht mit Ordnungsverfahren, falls die Missstände nicht abgestellt werden. Zur Bilanz des Vorjahres gab es aus der Politik auch kritische Stimmen. Im Fachausschuss sagte Sebastian Rehne (FDP): „Diese Statistik zeigt einmal mehr, dass die Schutzsatzung kein Instrument ist, um eine signifikante Veränderung am Markt herbei zu führen.“ Hier werde die Not verwaltet. Effektiver wäre es, mehr Wohnraum zu schaffen. Dagegen hielten Angelika Penack-Bielor (CDU) und Harald Schwenk (Grüne). „Wir fangen erst an und haben noch enormes Potenzial“, sagte Schwenk. Penack-Bielor betonte, dass man so schnell gar nicht bauen könne, wie jetzt Wohnungen aktiviert worden seien.

Rheinische Post vom 2. Mai

Give Love a sign – FDP-Ratsfraktion setzt sich für Ampelpärchen der Vielfalt in Düsseldorf ein

Ampelfiguren der Vielfalt auf belebten Straßen in Düsseldorf. Im Gleichstellungsausschuss stellt die FDP-Fraktion am kommenden Dienstag den Antrag, an Ampeln belebter Straßen im Innenstadtbereich Ampelpärchen der Vielfalt zu installieren. „Dies ist eine sichtbare Geste für mehr Toleranz und Akzeptanz im alltäglichen Leben“, betont Christine Rachner, Sprecherin der FDP im Gleichstellungsausschuss. Sie fügt hinzu, dass bereits in mehreren deutschen Städten wie München, Hamburg, Frankfurt am Main, Köln, Hannover und Marburg Installationen dieser Art unternommen worden sind. „Das ist Weltoffenheit mit einem Augenzwinkern“, so Rachner. Ihr FDP-Kollege im Gleichstellungsausschuss, André Witner fügt hinzu: „Düsseldorf ist eine weltoffene und tolerante

Stadt. Das können wir mit dieser Geste gut dokumentieren.“ Die FDP-Fraktion beantragt, die Infrastruktur bereitzustellen, dass Ampelpärchen der Vielfalt in Düsseldorf installiert werden können. Dies sollte unter Berücksichtigung besonders genutzter Straßen, z. B. zwischen Altstadt bzw. Heinrich-Heine-Allee und Hauptbahnhof erfolgen. In einem weiteren Schritt kann dies auch auf belebte Straßen in den einzelnen Stadtvierteln ausgeweitet werden.

FDP vom 8. Mai

FDP bekräftigt ihr NEIN zu höheren Parkgebühren/Wie sicher ist die Mehrheit für höhere Anwohner-Parkgebühren?

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus kritisiert, dass die Stadt erst bei der Verkehrswende in Vorleistung gehen müsse, damit Alternativen zum Auto da seien. Das fehle aber, etwa beim ÖPNV. Zudem sei die Belastung für die Menschen angesichts der Inflation zu groß. Die FDP beantragt deshalb, die Erhöhung ausfallen zu lassen. Vertreter der CDU in den Bezirksvertretungen hatten zuletzt reihenweise gegen das Konzept zur Parkraumbewirtschaftung gestimmt. Nun zeichnet sich ab, wie die entscheidende Abstimmung im Stadtrat ausgehen wird – auch bei der Opposition.

Rheinische Post vom 17. Mai

Ist Windkraft in Düsseldorf möglich?

Auf dem Gelände des Klärwerks Süd in Düsseldorf könnte in einigen Jahren ein Windkraftwerk entstehen. Auch der Umweltausschuss hat eine neue Prüfung zu Windkraftanlagen im Stadtgebiet angestoßen. Die FDP zeigte sich skeptisch: Karsten Dörges sieht das Potenzial eher bei Solarenergie. Auch Parteikollege Ulf Montanus sieht in der Windkraft ein eher kleines Thema.

Rheinische Post vom 22. Mai

Für Vielfalt und Akzeptanz Ampel-Männchen in Düsseldorf sollen vielfältiger werden

Rote und grüne nicht heterosexuelle Paare, die sich an der Hand halten, könnten künftig auf Ampeln im Düsseldorfer Innenstadtbereich zu sehen sein. Der erste Schritt wurde dafür bereits auf den Weg gebracht. Die Motive der Ampeln im Stadtgebiet könnten künftig vielfältiger werden. Zumindest ist der Ausschuss für Gleichstellung mit einem Beschluss in seiner jüngsten Sitzung den ersten Schritt dafür gegangen. Anstelle von gewöhnlichen roten und grünen Ampel-Männchen stellte die FDP-Fraktion den Antrag, Ampelpärchen der Vielfalt in Düsseldorf zu installieren. Als Grund nannten die Antragsteller Christine Rachner und André Witner, dass Düsseldorf für „Vielfalt, Gleichstellung und Antidiskriminierung“ stehe und die Ampelpärchen „als politisches Statement für die Gleichberechtigung von queerer Liebe im Stadtbild etabliert werden“ sollten. Die möglichen Motive der Ampelpärchen variieren, häufig gehen sie Hand in Hand, auch Herzen sind auf manchen Ampeln integriert. Doch einiges ist gleich: Die Motive zeigen keine heterosexuellen Paare. „Dies ist eine sichtbare Geste für mehr Toleranz und Akzeptanz im alltäglichen Leben“, erklärte Christine Rachner, Sprecherin der FDP im Gleichstellungsausschuss. In mehreren deutschen Städten wie München, Hamburg, Frankfurt am Main, Köln, Hannover und Marburg gebe es diese Ampel bereits. „Das ist Weltoffenheit mit einem Augenzwinkern“, sagte Rachner. Die Ampelpärchen seien eine „sehr sichtbare und sympathische Geste, um Vielfalt zu zeigen“, ergänzte FDP-Kollege André Witner. Sie sollten in besonders ge-



nutzten Straßen, beispielsweise in den Bereichen Altstadt, Heinrich-Heine-Allee und Hauptbahnhof installiert werden, das könne auch auf belebte Straßen in den Stadtteilen erweitert werden.

Rheinische Post vom 27. Mai

Juni

Auch Büchereien in Stadtteilen sollen sonntags öffnen

Sie sieht wie Manfred Neuenhaus (FDP), der Vorsitzende des Kulturausschusses, Impulse für ganze Stadtteile. Andere Anbieter würden die Öffnung vermutlich für eigene Aktionen nutzen. Neuenhaus nennt die Bücherei in Unterbach, die den Breidenplatz an Sonntagen beleben würde. Neuenhaus schlug im Kulturausschuss nach dem Vorbild der heutigen Sonntags- eine nächtliche Öffnung des Kap 1 vor. Koch hält zumindest eine deutliche Ausdehnung in die Nachtstunden für eine gute Idee. Dies würde zu einer Stadt wie Düsseldorf passen. Schon bei der Nacht der Bibliotheken habe man viel Zuspruch und eine gute Resonanz erfahren. Jetzt sind Sonntagsöffnungen von Büchereien offiziell möglich. Die Zentralbibliothek im Kap 1 wird in Düsseldorf bereits geöffnet, jetzt soll in die Stadtteile expandiert werden. Wo es losgehen soll.

Rheinische Post vom 2. Juni



Opernstreit gipfelt in Populismusvorwürfen

Der Kulturausschussvorsitzende Manfred Neuenhaus (FDP) ließ sich in diesem Zusammenhang sogar zur Aussage hinreißen, dass es nicht reiche, „mit dem Lastenrad Kohlrabi zu holen“. Man brauche Mut, um in der Stadt was voranzubringen. FDP-Fraktionschef Neuenhaus sagte: „Wir wünschen eine Architektur, die nicht protzt, die aber eine individuelle Handschrift trägt.“ Von einem „demokratischen Gebäude“ sprach er, mit einladender Dachterrasse und Gastronomie. Entscheidend wird aber die Abstimmung im Stadtrat am 15. Juni sein. Hier wird es nach dem Absprung der Grünen – die die Neubaupläne auf Eis legen wollen – auf die SPD ankommen, da CDU und FDP als Befürworter des Neubaus keine Mehrheit hätten. Die Debatte um den Neubau der Oper spitzt sich zu. Das zeigte sich am Mittwoch im Laufe der gut zwei Stunden langen Sondersitzung mit Vertretern der beteiligten Fachausschüsse. Zunehmend emotional und scharf wurde da über den von der Stadt vorgeschlagenen Standort Heine-Allee, eine Machbarkeitsstudie für eine Interimsspielstätte sowie das weitere Vorgehen samt Vorbereitung des Architektenwettbewerbs diskutiert.

Rheinische Post vom 12. Juni

Fast 60 Stellen im Gesundheitsamt sind unbesetzt

Christine Rachner, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, bewertet die geschilderte Situation im Gesundheitsamt als dramatisch. „Uns war bewusst, dass die Personalsituation im Gesundheitsamt schwierig ist, deshalb haben wir die Anfrage eingebracht, von der Dramatik des Status quo sind wir allerdings überrascht und halten diesen für nicht hinnehmbar.“ Die FDP-Ratsfraktion fordert die Stadt auf, kreative Lösungen für den Fachkräftemangel zu finden, besonders im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung. Im Gesundheitsamt der Stadt sind derzeit fast 60 Stellen unbesetzt. Die FDP-Ratsfraktion im Ausschuss für Gesundheit und Soziales stellte die Anfrage, welche Maßnahmen die Stadt ergreift, um Personal gewinnen zu können. Dazu heißt

es in der Anfrage: Im Gesundheitsamt ist es „schwierig, Personal für eine Tätigkeit bei der Stadt Düsseldorf zu interessieren, dieses einzustellen und dauerhaft an die Stadt zu binden.“

Personallage im Gesundheitsamt ist dramatisch – SPD und FDP sehen dringenden Handlungsbedarf

Eine Anfrage der FDP-Ratsfraktion zur Personalsituation im Gesundheitsamt im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 13. Juni 2023 offenbarte die schwierige personelle Lage im Gesundheitsamt. Laut Aussage des zuständigen Beigeordneten Zaum gebe es derzeit mehr als 57 unbesetzte Vollzeitstellen im Gesundheitsamt. Diese Vakanzen habe es bereits vor Beginn der Corona-Pandemie gegeben. Eine Besetzung sei aber weiterhin schwierig. „Uns war bewusst, dass die Personalsituation im Gesundheitsamt schwierig ist, deshalb haben wir die Anfrage eingebracht“, so Dr. Christine Rachner, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, „von der Dramatik des Status Quo sind wir allerdings überrascht und halten diesen für nicht hinnehmbar. Wir fordern die Stadt Düsseldorf dazu auf, vor allem mit der fortschreitenden Digitalisierung kreative Lösungen für den Fachkräftemangel im Gesundheitsamt zu finden.“

Jan Romich, Bürgermitglied der SPD-Ratsfraktion im Ausschuss, merkte an, dass dies mehr als 2.000 fehlende Arbeitsstunden pro Woche seien. Jetzt schon kann unter anderem die psychosoziale Krisenversorgung nicht auskömmlich besetzt werden. Seine Nachfrage, wie diese kompensiert würden, konnte nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Auch Klaudia Zepunkte, Bürgermeisterin der SPD-Ratsfraktion, sieht dringenden Handlungsbedarf: „Wir haben in den Jahren der Pandemie erlebt, wie existenziell wichtig die öffentliche Gesundheitsversorgung für Bürger und Bürgerinnen ist. Deshalb ist es absolut erforderlich, dass die Verwaltung Ihre Anstrengungen erhöht die Attraktivität des Arbeitgebers Gesundheitsamt deutlich zu steigern und Bewerbungsverfahren zu beschleunigen. Die Lage ist bereits jetzt dramatisch und wird sich angesichts der 120 Beschäftigten, welche bis 2032 in Rente gehen werden, nur noch weiter verschlimmern.“ Beide Ratsfraktionen sehen hierbei die Digitalisierung als große Chance. Durch diese könnten Arbeitsprozesse verschlankt und Verwaltungsabläufe gebündelt und beschleunigt werden. Außerdem müsse man ausländischen Fachkräften eine Anstellung im Gesundheitsamt erleichtern und die hier bereits gemachten Fortschritte weiter vorantreiben.

Rheinische Post vom 15. Juni

Das sagen Experten zur neuen Wohnbauoffensive

Dass sich die Stadt stärker engagieren muss, hat die FDP bei den letzten drei Etat-Ratssitzungen gefordert. Fraktionschef Manfred Neuenhaus spricht von einer überfälligen Entscheidung. Er verweist auf den Vorschlag der Liberalen, von 2023 bis 2026 jährlich 20 Millionen Euro für die Gründung von Wohnungsbau-genossenschaften bereitzustellen. Dabei sollte es auch um die Bereitstellung von Grundstücken in Erbpacht gehen. Vertreter der Wohnungswirtschaft begrüßen das neue Konzept der Düsseldorfer Stadtspitze. Gelobt wird vor allem der angekündigte aktivere Ankauf von Grundstücken. Es bleiben aber Probleme.

Rheinische Post vom 15. Juni



Vor Opern-Entscheidung: FDP-Fraktionschef Neuenhaus sieht Schwarz-Grün vor dem Aus

Der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Manfred Neuenhaus, ist irritiert über das Vorgehen der Grünen in der Opern-Debatte – und sieht darin einen schweren Schlag für die schwarz-grüne Rathaus-Kooperation. „Ich bin überzeugt davon, dies das Ende von Schwarz-Grün ist“, sagte der FDP-Politiker unserer Redaktion. Unterdessen betont der FDP-Kulturpolitiker die Bedeutung des Neubau-Projektes für die Stadt. Er ist überzeugt, dass eine Sanierung des alten Opernhauses, wie die Grünen sie erneut auf den Tisch gebracht haben, keinesfalls eine Lösung darstellt. „Es ist ohnehin klar, dass wir in jedem weiteren Betriebsjahr Millionen hineinstecken müssen“, sagte er. „Aber selbst dann wird in ein paar Jahren das komplette Aus kommen, weil irgendwann die Arbeitssicherheit nicht mehr gewährleistet ist.“ Auf einen weiteren Betrieb dort zu setzen, bedeute einen „teuren, langsamen Tod“ für das Opernhaus.

Rheinische Post vom 15. Juni



Düsseldorf: Stadtrat beschließt Bettensteuer ab 2024

Kritik an der neuen Steuer kam von der FDP, die sich klar dagegen aussprach. FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus prognostizierte, dass der Personalaufwand zur Erhebung der Steuer größer sein werde, als die erhofften Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt. Auch die Industrie- und Handelskammer und der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA sehen die Einführung kritisch. Ob es durch die Steuer wirklich zu einem Rückgang der Übernachtungszahlen kommen wird, soll überprüft werden, um gegebenenfalls die Steuer anzupassen. Der Besuch von Düsseldorf wird für Touristen oder Dienstreisende ab 2024 teurer. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag (15.6.) eine Beherbergungssteuer, auch Bettensteuer genannt, beschlossen. Drei Euro müssen Gäste von Hotels, Gasthöfen, Privatzimmern oder -wohnungen, aber auch von Campingplätzen, Schiffen oder ähnlichen Einrichtungen pro Übernachtung ab 1. Januar 2024 zusätzlich bezahlen. Der Betrag muss von den Herbergen erhoben werden und dabei wird kein Unterschied gemacht, ob man aus touristischen oder beruflichen Gründen in Düsseldorf übernachtet. Im Stadtrat wurde die Verwaltungsvorlage noch diskutiert. Ursprünglich waren fünf Euro und keine Ausnahmen vorgesehen. Das fanden einige Fraktionen zu hoch und schlugen 2,50 Euro, 3 Euro oder einen Prozentsatz vom Übernachtungspreis vor. Geeinigt hat man sich auf 3 Euro, die von Minderjährigen sowie Klassenfahrten mit Begleitpersonen nicht bezahlt werden müssen. Außerdem wird der Erhebungszeitraum auf 21 Tage beschränkt. Die Stadt plant Formulare in digitaler- und manueller Form für die Beherbergungsbetriebe zu entwickeln.

FDP vom 15. Juni

Düsseldorfer: Stadtrat und Oper

Eine lange Geschichte wird noch etwas länger: Die Geschichte des Düsseldorfer Opern-Neubaus. Der Stadtrat hat sich am späten Nachmittag (15. Juni 2023) darauf verständigt, einen Neubau weiter zu verfolgen – und zwar ausschließlich am bestehenden Standort Heinrich-Heine-Allee. Die nächsten Schritte werden ein Architekten- und Ingenieurs-Wettbewerb und eine Machbarkeitsstudie dazu, wo die Oper spielen kann, während abgerissen und neu gebaut wird. Über konkrete Kosten für einen Neubau wird frühestens in einigen Jahren abgestimmt. Trotzdem waren die GRÜNEN wenige Wochen vor

der gestrigen Sitzung aus dem Opernprojekt ausgestiegen – mit der Begründung, dass Düsseldorf dafür das Geld fehlen werde. Die CDU und OB Keller gingen deshalb auf die SPD zu, die unter gewissen Bedingungen mitmachte. Für die FDP war die Zustimmung zu einem neuen Opernhaus schon lange klar – so fand sich dafür eine ungewöhnliche Mehrheit zusammen. Das schwarz-grüne Bündnis im Rathaus ist angeknackst.

Antenne vom 16. Juni

JA zur Oper!

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus zum Opernneubau: Ein neues Opernhaus ist eine große Chance für die Stadt

- Gutachten bestätigen unsere Annahme, dass es unwirtschaftlich ist das Opernhaus zu sanieren.
- Die Bedingungen im Opernhaus wären auch nach der Sanierung des Gebäudes im digitalen Zeitalter einfach völlig unzureichend.
- Der Standort Heinrich-Heine-Allee ist der vertraute Standort der Bürgerinnen und Bürger – wir sollten ihn beibehalten.
- Da eine Sanierung unwirtschaftlich ist brauchen wir einen Neubau. Die einzige Alternative dazu wäre die Düsseldorfer Oper zu schließen.
- Neben dem bedeutenden kulturellen Verlust würde dies auch den Beginn des Abstiegs der Stadt zur Provinzstadt markieren. Es hätte aber auch gravierende negative Folgen für den Wirtschaftsstandort Düsseldorf und auch für den Kulturtourismus.
- Die Oper Düsseldorf hatte 2019 000 Besucher. Das ist ausbaufähig, aber alles andere als eine kleine Reichenelite.
- Wer die Oper in Düsseldorf in Frage stellt, der kann bei nächster Gelegenheit auch jede andere Kultureinrichtung in Frage stellen.
- Das neue Opernhaus soll für Jahrzehnte eine attraktive Spielstätte sein. Wir befürworten deshalb ein PPP-Modell und damit eine Finanzierung über einen langen Zeitraum. Für den Bau des neuen Opernhauses müssen keine anderen Leistungen der Stadt Düsseldorf gekürzt oder gestrichen werden.

Uns geht es um die Strahlkraft Düsseldorfs, in musikalischer Hinsicht, in touristischer Hinsicht und in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir möchten ein Opernhaus in dem es technisch möglich ist viel mehr als bisher zu bieten und das damit in der Lage ist sich auch für andere Formate zu öffnen. Wir wünschen uns eine Architektur die nicht protzt aber trotzdem eine individuelle Handschrift trägt, eine Architektur mit dem sich unsere Einwohnerinnen und Einwohner identifizieren können. Dazu gehört eine öffentliche Terrasse und ein Restaurant auf dem Dach und kein Gartenrestaurant – denn wir werden alle unnötigen Eingriffe in das Gartendenkmal Hofgarten vermeiden. Die Gegner des Opernhausneubaus verschleiern die Tatsache, dass das Opernhaus Düsseldorf im jetzigen Zustand in einigen Jahren geschlossen werden muss. Sie ignorieren das Gutachten, dass eine Sanierung des Hauses unwirtschaftlich ist. Damit laufen sie Gefahr in einigen Jahren Kölner Verhältnisse zu bekommen – eine Sanierung deren Kosten völlig aus dem Ruder laufen werden. Sollte die Sanierung gelingen hätten wir ein teures Opernhaus welches überhaupt nicht den heutigen Anforderungen an das Gebäude entspricht. Unwirtschaftlicher kann man nicht vorgehen. Dieses Vorgehen können und wollen wir nicht akzeptieren. Die Gegner der Oper unterschätzen auch in sträflicher Weise den Gewinn für den Wirtschaftsstandort Düsseldorf, den Kulturtourismus in Düssel-



dorf und die Strahlkraft Düsseldorfs. Für Handel, Gastronomie und Hotellerie. In der Konsequenz bedeutet der Antrag der GRÜNEN das Ende der Düsseldorfer Oper und die GRÜNEN wissen das auch sehr genau. Das von uns angestrebte PPP-Modell wird den Haushalt von 3.8 Milliarden Euro jährlich um einen zweistelligen Millionenbetrag belasten. Mit einer klugen Finanzpolitik und einer verantwortungsvolleren Ausgabenpolitik als in den letzten 3 Jahren muss für den Opernneubau keine einzige Leistung gestrichen werden und wir können alle wichtigen Investitionen weiter tätigen. Jetzt gezielt die Angst bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen vor der Einstellung wichtiger städtischer Leistungen zu schüren ist völlig haltlos und daher ist die Argumentation der GRÜNEN auch unsauber und verantwortungslos. Die größte Gefahr für die Einstellung lieb gewordener und/oder unbedingt nötigen Leistungen ist die Schuldenpolitik der letzten zweieinhalb Jahre. Das sage ich auch in Richtung Freier Szene in der Kultur. Wer die Oper in Düsseldorf infrage stellt, vor dem ist keine Einrichtung der Kultur in Düsseldorf sicher. Aus diesen Gründen und zusammen mit unseren Forderungen ist der Neubau des Opernhauses an der Heinrich-Heine-Allee für uns nach mehrjährigen Prüfungen und Gutachten im Interesse Düsseldorfs alternativlos.

FDP vom 17. Juni

Juli



Große Kirmes in Düsseldorf künftig ohne Feuerwerk?

Eine klare Meinung hat FDP-Ratsherr Mirko Rohloff. Das Feuerwerk zumindest für dieses Jahr abzusagen, sei „Quatsch“. Die dadurch eintretende Verringerung des CO₂-Ausstoßes sei gering. „An diesem Tag ist die Rhein-kirmes am vollsten, und ich halte nichts davon, den Menschen die Freude an diesem Abend zu nehmen.“ Auch er hält andere Stellschrauben für wichtiger, darunter die Dämmung und Sanierung von Gebäuden. Anders als die Grünen lehnt er aber eine weitreichende Tempo-30-Zone im gesamten Stadtgebiet ab. Die Bundesgesetze ließen eine so weitreichende Lösung nicht zu. „Und ob es da in Berlin zeitnah Änderungen geben wird, bleibt abzuwarten.“ Die Absage des diesjährigen Kirmesfeuerwerks durch die Neusser Schausteller hat in Düsseldorf eine Debatte darüber in Gang gesetzt, ob das beliebte Spektakel noch zeitgemäß ist.

Rheinische Post vom 22. Juli

Debatte nach Merz-Aussagen: Wie die CDU in Düsseldorf zur AfD steht Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) attackiert Friedrich Merz besonders scharf.

Düsseldorfs FDP-Parteichefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) verwies in einem Tweet auf ihre langjährige Erfahrung in der Kommunalpolitik, die sie als „Wiege unserer Demokratie“ bezeichnete. Gerade dort dürfe die Brandmauer zur antidemokratischen AfD nicht fallen. Merz verbiege seinen eigenen Parteibeschluss und schätze die kommunale Basis gering. Merz zeige, „dass er höheren Ämtern nicht gewachsen ist“. Oberbürgermeister Stephan Keller äußerte sich in einer offiziellen Pressemitteilung der Stadt zur AfD: „Mit einer Partei, die in weiten Teilen verfassungsfeindliche Positionen vertritt, kann es auf keiner politischen Ebene einen pragmatischen Umgang geben.“

Rheinische Post vom 25. Juli

August

Ist der Bestand des Görres-Gymnasiums gefährdet?

Die Debatte um die künftige Nutzung des Luisen-Gymnasiums an der Bastionstraße gewinnt an Fahrt. In den Blick gerät dabei mit dem Görres-Gymnasium das älteste, 1545 gegründete Gymnasium der Stadt. „Kann die Bastionstraße nach einem möglichen Verkauf nicht mehr ganz oder teilweise schulisch genutzt werden, hemmt das den dringend erforderlichen Ausbau des Görres-Gymnasiums“, sagt FDP-Schulexperte Christoph Schork. Noch deutlicher wird seine Fraktion in einer Anfrage, die am Dienstag im Schulausschuss diskutiert wurde. „Eine Aufgabe dieses Standorts als Schulstandort ... gefährdet den Bestand des Görres-Gymnasiums insgesamt“, heißt es dort. Um die künftige Nutzung des Luisen-Gymnasiums in Düsseldorf wird heftig gestritten. In den Blick gerät dabei mit dem Görres-Gymnasium das älteste, 1545 gegründete Gymnasium der Stadt. Ist der Standort gefährdet?

Rheinische Post vom 17. August



Mit Sperrungen gegen den Taxi-Stau in der Düsseldorfer Altstadt

Einen eindeutigen Fürsprecher fand die Stadt in Felix Mölders von der FDP, der auch Rettungssanitäter ist. „Ich habe mir als Rettungskraft immer gewünscht, dass endlich etwas passiert.“ Auch wenn die Kommunikation problematisch sei, er erwarte sich in der Sache Verbesserungen. Einsatzkräfte werden laut Stadt und Polizei am Wochenende zu stark behindert. Deshalb soll es Sperrungen auf der Heine-Allee geben, der Taxistand auf dem Burgplatz aufgelöst werden. Politiker reagierten empört auf die kurzfristige Ankündigung. Was geplant ist und was kritisiert wird.

Rheinische Post vom 20. August



Ärger über fehlenden Polizeipräsidenten in Düsseldorf wächst

Auch die Düsseldorfer FDP-Chefin und Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann kritisierte die Situation scharf und warf dem Innenminister vor, sich offensichtlich nie Gedanken über eine mögliche Nachfolge für Weseler gemacht zu haben. „Führung sieht anders aus.“ Das Problem habe der Minister ausgesessen, „zum Nachteil der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Polizeibeamtinnen und Beamten, die ihren Dienst hier verrichten und alle Hände voll zu tun haben, um Recht und Ordnung durchzusetzen“. Immer mehr Politiker melden sich zu Wort und kritisieren Innenminister Herbert Reul (CDU), weil die Polizei der Landeshauptstadt nach wie vor ohne Behördenleitung da steht. SPD und FDP fordern rasches Handeln.

Rheinische Post vom 21. August

Wie eine App die Notfallversorgung in Düsseldorf verbessern soll

Bei einem Herzinfarkt geht es oft um Minuten. Eine Alarmierungs-App könnte helfen, in Düsseldorf künftig mehr Ersthelfer zu erreichen. Die FDP fordert hier nach dem Vorbild anderer Kommunen und Kreise mehr Tempo. Die Versorgung von Düsseldorfern in Notfall-Situationen soll verbessert werden. Dabei könnte schon bald eine Alarmierungs-App helfen, die auf den Smartphones

oder Tablets von Menschen aufblinkt, die über ein medizinisches Grundwissen verfügen und sich in der Nähe eines Vorfalls befinden. „Ziel einer solchen App ist es, den Vorteil der geografischen Nähe von Ersthelfern auszunutzen, um beispielsweise die Zeit bei einem Herzstillstand bis zur ersten Thoraxkompression zu verkürzen“, sagt FDP-Gesundheitsexpertin Christine Rachner. Studien belegten, dass diese Ersthelfer-Systeme einen positiven Einfluss auf die Überlebenschancen haben. Zudem gehörten sie bereits seit 2021 zu den Leitlinien des Europäischen Rates für Wiederbelebung. „Daher ist es umso erstaunlicher, dass erst in diesem Jahr der interfraktionelle Beschluss von 2020 auf der Tagesordnung steht“, kritisierte die Ratsfrau zuletzt im Gesundheitsausschuss des Rates den ihrer Einschätzung nach zögerlichen Fortgang bei diesem Thema. Gesundheitsdezernent Christian Zaum sieht die Notfall-App inzwischen auf einem guten Weg. Die Einführung werde vom Gesundheitsamt in Absprache mit der Feuerwehr geprüft. Zudem habe es bereits erste konstruktive Gespräche zwischen dem Gesundheitsamt und den Düsseldorfer Hilfsorganisationen bezüglich einer Zusammenarbeit bei der Umsetzung und Erprobung einer solchen App gegeben. Die Einführung eines Ersthelfer-Alarmierungs-Systems müsse allerdings über die Hilfsorganisationen hinaus umfassend kommuniziert werden. „Es muss klar werden, dass sich dieser Service nicht an Laien richtet, die über keine entsprechende Ausbildung verfügen. Die App kann aber helfen, die bislang üblichen Einsätze von Ersthelfern sinnvoll zu ergänzen“, betont Zaum. Die Kosten für die Einrichtung und Umsetzung der App schätzt die Verwaltung auf 100.000 bis 150.000 Euro. Möglicherweise können auch Defibrillatoren-Standorte dort eingebunden und sichtbar gemacht werden. „Es macht Sinn und es gibt Ersthelfer-Apps, die das integrieren“, sagt Max Skorning, Leiter des Gesundheitsamtes.

Rheinische Post vom 30. August

September

FDP fordert Startup-Initiative für Wohnungsgenossenschaften

In der kommenden Ratssitzung fordern die Freien Demokraten organisatorische Nachbesserungen und eine Schwerpunktsetzung für den genossenschaftlichen Wohnungsbau im neuen Düsseldorfer Baulandmodell. „Das Düsseldorfer Baulandmodell hat die Mitte vergessen. Diejenigen, die zu viel verdienen, um Fördermittel beanspruchen zu können, aber zu wenig verdienen, um mit den Preisen am Wohnungsmarkt mithalten zu können, gehen beim Baulandmodell in der jetzigen Form vollkommen leer aus,“ so der wohnungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Sebastian Rehne. Die Freien Demokraten möchten daher insbesondere die Neugründung von Wohnungsgenossenschaften unterstützen und fordern eine entsprechende Startup-Initiative der Stadt Düsseldorf. „Genossenschaften schaffen es seit Jahrzehnten günstigen Wohnraum bereitzustellen und diesen auch nachhaltig zu bewirtschaften“, so Rehne. Sie erwarten sich davon u. a. eine Unterstützung für das „mittlere Preissegment“. Die Liberalen möchten darüber hinaus die Vorgaben für den gemeinnützigen Wohnungsbau insgesamt reduzieren. „Es bringt am Ende nichts, wenn wir die gemeinnützigen Player mit Quoten und Vorgaben überfordern und am Ende passiert nix“. Statt fester Quoten wollen die Liberalen daher, dass für gemeinnützige Bauvorhaben individuell geprüft wird, welcher Wohnungsmix möglich, aber auch wirtschaftlich tragfähig ist.

FDP vom 5. September



Brütende Hitze, trockene Luft, anhaltende Dürreperioden und immer mehr Extremwetter-Ereignisse

Längst muss man kein Wetterexperte mehr sein, um die Folgen des Klimawandels zu bemerken. So bringen anhaltende Hitzeperioden auch in diesem Sommer wieder Mensch und Natur spürbar an ihre Belastungsgrenze. Umso wichtiger ist es daher, dass auch die Stadt gezielt daran mitwirkt, den BürgerInnen genügend Räume zum Abkühlen zur Verfügung zu stellen. So kann etwa die Aufstellung von Trinkbrunnen, Brumisateuren und verschatteten Bänken bereits eine Erleichterung darstellen und dazu beitragen, den Wohlfühlfaktor innerhalb des Stadtgebiets auch bei hohen Temperaturen aufrechtzuerhalten. Wie genau die Stadt Düsseldorf bisher auf die steigende Hitze reagiert hat, wollen wir mit unserer Anfrage in der kommenden Ratssitzung herausfinden. Deshalb fragt Fraktionschef Manfred Neuenhaus für unsere FDP- Ratsfraktion: Wie genau die Stadt Düsseldorf bisher tätig geworden ist, welche Maßnahmen noch für die kommenden 12 Monate geplant sind und an welchen Standorten sich die Plätze zum Abkühlen befinden.

FDP vom 5. September



Künstliche Intelligenz als Unterstützung für BademeisterInnen

Bloße Zukunftsmusik oder eine echte Bereicherung in puncto Sicherheit? Fraktionschef Manfred Neuenhaus fragt für unsere FDP- Ratsfraktion im Rat nach. Gerade jetzt zur Sommerzeit herrscht großer Andrang auf die Schwimmbäder, gleichzeitig werden BademeisterInnen händeringend gesucht und viele Schwimmbäder beklagen Fachkräftemangel. Unterdessen befindet sich die künstliche Intelligenz in vielen Lebensbereichen auf dem Vormarsch. Warum also nicht den technischen Fortschritt nutzen, um für mehr Sicherheit in Schwimmbädern zu sorgen und BademeisterInnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen? Mit unserer Anfrage in der kommenden Ratssitzung wollen wir herausfinden, ob die Stadtverwaltung die Systeme mit künstlicher Intelligenz zur Überwachung der Sicherheit der Badegäste bereits kennt und ob der Einsatz von KI im Schwimmbad perspektivisch auch für Düsseldorf möglich ist.

FDP vom 5. September



Politik will Aussehen der Gaslaternen erhalten – aber nicht überall

Scharfe Kritik kommt von Marie-Agnes Strack-Zimmermann. „Jetzt knickt er ein vor den Grünen.“ Die FDP-Parteichefin wirft Keller „Vertrauensbruch“ vor. Die Fraktion der Liberalen in Düsseldorf ist nach wie vor dafür, knapp 10.000 Gaslaternen zu erhalten. Auch Lutz Cleffmann von der Initiative Gaslicht erinnert, dass Keller die Gaslaternen in seiner Zeit als Verkehrsdezernent sehr kritisch gesehen hatte. „Da will jemand sein Lebenswerk vollenden“, sagt Cleffmann. Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) wird derzeit von Kritikern eine ein Jahr alte Aussage in einem Interview mit dem ZDF vorgehalten: „Wir wollen nicht diesen gefundenen Kompromiss zu den Gaslaternen jetzt an dieser Stelle noch einmal aufschnüren“, hatte Keller wörtlich gesagt. Außer im Hofgarten soll LED das Gaslicht in Düsseldorf ersetzen, Laternen sollen um- oder nachgebaut werden. Für welche Standorte das gelten soll und warum es massive Kritik an der Politik gibt.

Rheinische Post vom 5. September



Wird Düsseldorf Modellregion für legalen Cannabis-Konsum?

„Dass Cannabis bei jüngeren Menschen gesundheitliche Schäden bis hin zu Psychosen auslösen kann, stellen wir nicht infrage, aber wir erreichen den Schutz jüngerer Erwachsener sicher nicht über Verbote, sondern nur über Aufklärung“, sagt FDP-Ratsfrau und Gesundheitsexpertin Christine Rachner, die als Ärztin am Sana-Krankenhaus arbeitet. FDP und SPD machen bei diesem Thema Druck. Sie wollen, dass die Stadt keine Zeit verliert und rasch eine Bewerbung als Modellstadt für die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken vorbereitet. Städte wie Frankfurt am Main und Köln hätten bereits angekündigt, sich mit weiteren Partnern zu bewerben.

Rheinische Post vom 7. September

Einzigartige Gas-Laternen stehen vor dem Aus!

Nur die FDP schwimmt noch gegen Strom. Sie legte am Mittwoch einen Antrag vor, 9850 Gaslaternen zu erhalten – genauso, wie es 2020 beschlossen worden war. Ratsherr Mirko Rohloff sagt, der gesamtstädtische CO₂-Ausstoß der Laternen liege bei 0,25 Prozent. Statt sich um die großen Themen zu kümmern, wie etwa Sanierung städtischer Gebäude oder den Ausbau von Fernwärme und Photovoltaik, zettelt Schwarz-Grün eine Scheindiskussion an, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. „Düsseldorf ist kein Disneyland!“. Mit Strom betriebene Attrappen lehnt der FDP-Politiker ab: „Der Denkmalwert wäre verloren. Die politischen Mitbewerber scheinen zu vergessen, dass Düsseldorf kein Disneyland ist. Die Düsseldorfer Gaslichtbeleuchtung gehört zur Identität dieser Stadt.“

BILD vom 7. September

Oktober



Wir stehen an der Seite Israels

Am vergangenen Wochenende erreichten uns schreckliche Nachrichten von den brutalen Angriffen der Hamas aus Israel. Wir als FDP-Ratsfraktion verurteilen diese terroristischen Angriffe zutiefst und stehen fest an der Seite unserer israelischen Freunde. Unsere gemeinsame Überzeugung formulierte Marie-Agnes Strack-Zimmermann am Sonntag so: „Die Gelder, die in die palästinensischen Gebiete fließen, müssen hinterfragt und gestoppt werden, sofern sie für antisemitische Propaganda missbraucht werden. Überdies muss der deutsche Rechtsstaat gegen die Personen hart vorgehen, die gestern Abend ihren Antisemitismus auf den Berliner Straßen in unerträglicher Weise öffentlich ausgelebt haben.“

FDP vom 11. Oktober

Verkehrssicherheit am Worringer Platz erhöhen

Laut Verkehrsbericht der Polizei Düsseldorf zählte der Worringer Platz im vergangenen Jahr mit 96 Unfällen zu einem der Unfallschwerpunkte der Stadt. Nicht zuletzt hängt dies mit der räumlichen Nähe des Worringer Platzes zum Hauptbahnhof und der großen Anzahl an FußgängerInnen an dem zentral liegenden Platz zusammen. Daher haben wir als FDP-Ratsfraktion im Ordnungs- und Verkehrsausschuss beantragt, ein Gutachten erstellen zu lassen, das klären soll, ob die hohe Anzahl an Unfällen durch verkehrstechnische Maßnahmen gesenkt werden kann. Damit soll neben einer verbesserten Ver-

kehrsführung insbesondere die Sicherheit für FußgängerInnen erhöht werden. Dieser aus unserer Sicht für die Sicherheit der DüsseldorferInnen erforderliche Antrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

FDP vom 23. Oktober

Fahrradwege bei Mobilitätskonzept berücksichtigen

Vergangene Woche haben wir im Ordnungs- und Verkehrsausschuss einen Haushaltsantrag zur Ortsumgehung Oberbilk gestellt. Konkret setzt sich die FDP-Ratsfraktion dafür ein, dass das Konzept für die geplante Ortsumgehung Oberbilk zusätzlich um kontinuierliche Radwege ergänzt wird. Der im Jahr 2001 gefasste Grundsatzbeschluss zur Realisierung der Ortsumgehung berücksichtigt nicht alle Aspekte einer heutigen modernen Verkehrsführung. Angesichts des zunehmenden Radverkehrs muss beim Ausbau des Straßennetzes der Fahrradverkehr im Rahmen des Mobilitätskonzeptes zwingend berücksichtigt werden. Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn alle Verkehrsteilnehmende berücksichtigt werden. Leider wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

FDP vom 23. Oktober

Bewegungsförderung für Kinder

Obwohl Sport und ausreichend Bewegung wichtig für die Gesundheit sind, zeichnet sich ein zunehmender Bewegungsmangel, insbesondere unter Kindern und Jugendlichen ab. Um diesem Negativtrend entgegenzuwirken, werden in Düsseldorf im Rahmen der Bewegungs-, Sport und Talentförderung jedes Jahr sportmotorische Tests an Schulen durchgeführt und entsprechende Förderangebote bereitgestellt. Im Rahmen der Testungen zeigte sich deutlich, dass sozialbenachteiligte Kinder und Jugendliche oft über schlechtere motorische Fähigkeiten verfügen. Daraufhin wurde an zwei Düsseldorfer Schulen eine spezielle Bewegungsförderung als Pilotprojekt eingeführt, welche sich als sehr erfolgreich erwiesen hat. Wir als FDP-Ratsfraktion sind davon überzeugt, dass dieses wichtige Projekt weiterentwickelt werden muss. Ratsfrau Monika Lehmhaus wird daher in der heutigen Sitzung des Sportausschusses eine Erhöhung des Budgets zur Finanzierung der Bewegungsförderung beantragen.

FDP vom 25. Oktober

Strukturiert zum Leitziel Sportstadt Düsseldorf

Wer in Düsseldorf nach Möglichkeiten sucht, Sport zu treiben, wird schnell auf ein großes Angebot stoßen, das sich von Kita-, Schul- und Breitensport, über den Vereins- und Mannschaftssport, bis hin zum Leistungs- und Profisport erstreckt. Trotz des breiten Sportangebotes nehmen die DüsseldorferInnen ihre Stadt aber bisher nicht als Sportstadt wahr. Das Konzept einer Sportstadt soll vor allen Dingen durch Vernetzung, strategische Positionierung und dem sinnvollen Einsatz finanzieller Ressourcen, den DüsseldorferInnen nicht nur mehr Sportangebote ermöglichen und die bereits bestehenden Angebote strategisch miteinander verbinden, sondern ihnen auch die Gewissheit geben in einer wirklichen Sportstadt zu leben, in der auf allen Ebenen nachhaltig zusammengearbeitet wird. Deshalb stellen wir in der heutigen Sitzung des Sportausschusses unseren Antrag zur Erstellung des Konzeptes "Leitziel Sportstadt Düsseldorf". Perspektivisch soll dadurch außerdem erreicht werden, dass mehr Düsseldorfer BürgerInnen aktiven Sport betreiben.

FDP vom 25. Oktober



Seniorenhilfe der Initiative Herzwerk unterstützen

Am Dienstag fand die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales statt. Inhaltlich wurde über Möglichkeiten zur besseren Unterstützung und Begleitung von Angehörigen pflegebedürftiger Personen beraten. Für uns als FDP- Ratsfraktion hat Ratsfrau Christine Rachner einen Antrag eingereicht, in der wir uns für die Initiative Herzwerk einsetzen. Das Herzwerk gehört zum Deutschen Roten Kreuz und leistet seit Jahren verlässliche Hilfe für bedürftige Seniorinnen und Senioren und dient auch als Begegnungsstelle gegen Einsamkeit im Alter. Nachdem die Finanzierung ins Stocken geraten ist, möchten wir die wertvolle Hilfe des Herzwerkes mit einer auf zwei Jahre begrenzten Übergangsfinanzierung unterstützen.

FDP vom 26. Oktober

Wieso ging Gaslaternendebatte am Kulturausschuss vorbei?

Obwohl die Debatte um den Erhalt der Gaslaternen in Düsseldorf hohe Wellen schlug und monatelang heiß diskutiert wurde, wurde der Kulturausschuss bei der Beratung außen vor gelassen – Dabei sind die Gaslaternen ein bedeutsames Düsseldorfer Kulturgut, weswegen der Abbau der Gaslaternen durchaus in diesem Ausschuss hätte besprochen werden müssen. Wieso dieses wichtige Thema also am Kulturausschuss vorbeiging und wie derartige Versäumnisse in Zukunft vermieden werden können, wollen wir mit unserer Anfrage in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses klären.

FDP vom 26. Oktober



Ausbau der Rosenpatenschaft fördern

Seit 2020 können BürgerInnen der Stadt Düsseldorf aufgrund einer Initiative der FDP-Ratsfraktion Patenschaften für Rosen übernehmen und sich so eine kleine ganz persönliche Fläche in Düsseldorf schaffen. Dass diese Rosenpatenschaften großen Anklang bei den DüsseldorferInnen finden, zeigt sich daran, dass nach kürzester Zeit alle Patenschaften vergeben waren. Bisher sind Patenschaften nur im Rosengarten, am Spee'schen Palais und im Nordpark zu erhalten. Daher stellt Ratsherr Ulf Montanus für unsere FDP- Ratsfraktion in der heutigen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie, Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz einen Antrag zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Rosenpatenschaften. So wollen wir erreichen, dass in jedem Stadtteil zukünftig Flächen für Rosenpatenschaften bereitstehen.

FDP vom 27. Oktober

Neuzuschnitt der Kommunalwahlbezirke

2025 findet die nächste Kommunalwahl in Düsseldorf statt – mit neu zugeschnitten Wahlbezirken. So kann die Verschiebung der Grenzen der Wahlbezirke dazu führen, dass sich die Zuständigkeit mancher Direktkandidaten verändert. Wie ein solcher Neuzuschnitt der Wahlbezirke aussehen könnte und welche Auswirkungen dies auf die BewohnerInnen der Stadt haben könnte, war Thema unserer gestrigen erweiterten Fraktionssitzung, bei der wir den Dezernenten Christian Zaum und den Amtsleiter des Amtes für Statistik und Wahlen Manfred Golschinski zu Gast hatten.

FDP vom 30. Oktober

November

Runder Tisch Inklusion

In Düsseldorf agieren diverse Träger der Jugendhilfe. Einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit stellt die Inklusion dar. Eine optimale Zusammenarbeit und Abstimmung aller Akteure kommt den betroffenen Kindern und Jugendlichen zu Gute. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine Vernetzung aller Düsseldorfer Einrichtungen und Anlaufstellen in der Jugendarbeit zu einem Runden Tisches Inklusion erfolgreich beantragt. Die Einrichtung eines Runden Tisches Inklusion soll die Angebote der freien Träger und des Jugendamtes koordinieren, Unterstützungsbedarfe ermitteln und Angebote zu Fort- und Weiterbildung anbieten. Damit soll die Zusammenarbeit aller Träger gefördert werden. Weiterhin soll ein Konzept für eine gemeinsame Servicestelle von freien und öffentlichen Trägern entwickelt werden.

FDP vom 7. November

Gesundheitswerkstatt – Intergenerativer Ansatz zum gemeinsamen Kochen

Im Rahmen des Intergenerationenkontaktes können Jugendliche und Seniorinnen und Senioren voneinander lernen, gemeinsame Erfahrungen sammeln und neues Wissen über Ernährung erlangen. Die FDP-Fraktion hat einen Zuschuss für die Betriebskosten der Gesundheitswerkstatt im SOS-Kinderdorf in Düsseldorf Garath erfolgreich beantragt. Die Gesundheitswerkstatt ist ein Projekt des SOS-Kinderdorfs Düsseldorf. In dem Mehrgenerationenhaus Hell-GA befindet sich ein Café mit einem täglich frisch zubereiteten, abwechslungsreichen und gesunden Mittagstisch. Die Gesundheitswerkstatt legt ihren Fokus auf die Ernährung der Menschen im Stadtteil. Dies beinhaltet neben den Tätigkeiten des Kochens und Backens auch die Aspekte der Aufklärung und Ernährungsbildung. Das Mehrgenerationenhaus stellt einen wichtigen Ort der Teilhabe im Stadtteil dar und bietet eine Anlaufstelle für Menschen jeden Alters und jeder Kultur.

FDP vom 7. November

Öffentlichkeitsbeteiligung – bringt sie was?

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung soll den BürgerInnen die Möglichkeit gegeben werden, an großen kommunalpolitischen Entscheidungen, wie etwa dem Erhalt der Gaslaternen oder der Zukunft des Opernhauses, mitzuwirken. Für uns als FDP- Ratsfraktion stellt sich die Frage, inwieweit die Anregungen der BürgerInnen Berücksichtigung finden. Mit unserer Anfrage in der kommenden Ratssitzung wollen wir herausfinden, ob und in welchem Maße die Vorschläge aus der Öffentlichkeit berücksichtigt werden. Ignorierte Bürgerbeteiligung kostet nur Geld und Zeit und sorgt für Politikverdrossenheit.

FDP vom 12. November

Flughafen fair betreiben – Lärm-/Abgasbelastung verringern

Der Düsseldorfer Flughafen ist eine wichtige infrastrukturelle Verkehrsader für Düsseldorf und die umliegenden Regionen. Obwohl die Innenstadt Nähe für den Tourismus und für die Wirtschaft von hohem Vorteil ist, geht dies jedoch immer wieder auf Kosten der Düsseldorfer BürgerInnen, die die umliegenden



Gebiete bewohnen und unter Abgasen und Fluglärm leiden. Daher hat Rats Herr Felix Droste für unsere FDP-Ratsfraktion einen Antrag gestellt, der den Einsatz von moderner Technik wie etwa von Bodenstromaggregaten fordert, um die Lärm- und Abgasbelastung zu verringern. Insbesondere soll auch strenger auf die Einhaltung der Flug-/ Ruhezeiten geachtet werden.

FDP vom 12. November

Ausverkauf des Karnevals stoppen

Am 11.11.2023, pünktlich um 11:11 Uhr beginnt mit dem Erwachen des Hoppe-ditz in Düsseldorf die "fünfte Jahreszeit". Traditionell ist die Karnevalssession für die Menschen im Rheinland von ganz besonderer Bedeutung. Gerade in Düsseldorf ist der Karneval Teil des Naturells der Stadt und zieht Jahr um Jahr Hunderttausende BesucherInnen an. Allerdings sorgen die hohen Kosten für die von der Stadt geforderten Sicherheitsmaßnahmen dafür, dass der Karnevalssonntag ab 2024 aus Kostengründen nicht mehr vom Comitee Düsseldorfer Carneval (CC) durchgeführt werden kann. Für uns als FDP- Ratsfraktion markiert die Absage des Karnevalssonntages vom CC den Ausverkauf traditioneller und vom Ehrenamt organisierter Karnevalsveranstaltungen. Daher haben wir in der Ratssitzung beantragen, dem Comitee Düsseldorfer Carneval (CC) 150.000 Euro für die Finanzierung der Sicherheitsmaßnahmen bereitzustellen.

FDP vom 12. November

Kultur: Signal der Solidarität mit Israel und gegen Antisemitismus senden

Manfred Neuenhaus, Vorsitzender des Kulturausschusses, lädt die Leitungen der großen Kulturinstitute unserer Stadt in die nächste Sitzung des Kulturausschusses ein, um zu erläutern welche Signale und Veranstaltungen Sie – zeitnah – zur Solidarität mit Israel und zur Bekämpfung des anwachsenden Antisemitismus geplant haben.

FDP vom 12. November

Baustopp am Heinrich-Heine-Platz

Die FDP-Ratsfraktion beunruhigen die Berichterstattungen zum Baustopp am Heinrich-Heine-Platz und fordert die Stadtverwaltung auf schnellst möglich zu handeln! Unsere Befürchtung ist, dass der Heinrich-Heine-Platz eine Dauerbaustelle mitten in der Innenstadt wird. Die FDP hat die Pläne im Stadtrat genau deshalb damals abgelehnt. Es ist hochriskant ein privates Investorenprojekt mit der Umgestaltung eines so zentralen öffentlichen Platzes zu beauftragen und die Federführung aus der Hand zu geben. Es gilt jetzt dringend zu prüfen, ob der Investor das Projekt selbst fertigstellen kann und welche Möglichkeiten die Stadt hat um eine jahrelange Bauruine zu vermeiden.

FDP vom 13. November

Düsseldorf soll Cannabis-Modellstadt werden

In diesem Jahr hat die Bundesregierung einen ersten Gesetzentwurf zur Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken vorgestellt. Dieser sieht vor, dass die Abgabe von Cannabis an Erwachsene innerhalb lizenzierter Cannabis Clubs zunächst nur in Modellstädten möglich sein soll. Ziel ist es, die Legalisierung innerhalb der Modellregionen wissenschaftlich zu begleiten und so wichtige



Erkenntnisse zu effektiven Kontroll- und Aufklärungsmaßnahmen zu gewinnen. Umso erfreulicher ist es, dass der Rat dem Antrag unserer FDP-Ratsfraktion zugestimmt hat, der die Vorbereitung zur Bewerbung von Düsseldorf als Modellstadt vorsieht. Da einer Modellstadt eine enorme Verantwortung zukommt, legt unser Antrag besonderes Augenmerk auf eine vorausschauende Planung. So wird die Stadt beauftragt, bereits jetzt mit geeigneten KooperationspartnerInnen in Kontakt zu kommen, um frühzeitig entsprechende Kapazitäten bei den beteiligten Akteuren wie etwa Gesundheits- und Jugendamt zu schaffen. Insbesondere sollen dabei Überlegungen zu effektiven Präventions- und Jugendschutzmaßnahmen im Vordergrund stehen.

FDP vom 15. November

Versucht Düsseldorf eine Digitalisierung im Alleingang?

Mit dem Online Zugangsgesetz (OZG) soll BürgerInnen der online Zugang zu Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung erleichtert werden. Um bei der Digitalisierung der einzelnen Dienstleistungen aufwändige und überflüssige kommunale Alleingänge zu vermeiden, wurde das sogenannte „Einer für Alle“ Prinzip konzipiert. Städte können so auf gut ausgereifte Anwendungen zurückgreifen und müssen diese lediglich in ihr IT System integrieren. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wagt nun allerdings einen Alleingang. Warum die Stadt Düsseldorf nicht mehr an dem „Einer für Alle“ System teilnimmt und ob zukünftig von den entwickelten Anwendungen Gebrauch gemacht wird, ist Thema unserer Anfrage in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und allgemeine Verwaltungsorganisation.

FDP vom 24. November



Dezember

Kitas retten und Träger einfacher entlasten

Die FDP-Ratsfraktion Düsseldorf hofft auf Gesetzesentwurf im Landtag, der Kitas in NRW retten und Träger entlasten soll. Die jugend- und sozialpolitische Sprecherin der FDP Ratsfraktion in Düsseldorf Christine Rachner ist in Sorge, dass die Kitas in Düsseldorf sich seit geraumer Zeit in einer prekären Lage befinden. „Preissteigerungen bei Energie und durch die weitere Inflation setzen die Einrichtungen stark unter Druck. Viele von ihnen stehen vor finanziellen Schwierigkeiten“, so Rachner. Schließungen gilt es, zu vermeiden. „Geschlossene Kitas haben katastrophale Folgen für die Familien in Düsseldorf. Kinder verlieren ihren sozialen Halt und wichtige Bezugspersonen. Und Eltern fehlen Alternativen, um ihre Kinder bestmöglich betreuen zu lassen zu“, sagt die jugendpolitische Sprecherin der FDP Ratsfraktion Christine Rachner. „Wir wissen, dass die NRW-Landesregierung täglich Hilferufe der Träger erreichen. CDU und Grüne bleiben aber stumm und tatenlos. Die Überbrückungshilfe der Landesregierung in Höhe von 100 Millionen Euro – für ganz NRW – wird in der derzeitigen Lage nicht ausreichen.“ Das Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) ist in seiner aktuellen Fassung auf solch dynamische Lagen wie zurzeit nicht ausgelegt. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, die Dynamisierung auf den 01.01.2024 vorzuziehen und die Mittel bereits deutlich früher als zum Start des neuen Kindergartenjahres am 01.08.2024 bereitzustellen. Dies ermöglicht eine flexiblere und rechtzeitige Anpassung der Finanzierung an die aktuellen Anforderungen, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen. Die FDP-Fraktion NRW hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf in das NRW-

Parlament eingebracht. Christine Rachner betont: „Unsere Kitas müssen auf solide Beine gestellt werden! Mit der von der FDP im Landtag vorgeschlagenen KiBiz-Gesetzesänderung kann den Kita-Trägern die dringend und kurzfristig benötigte finanzielle Unterstützung ermöglicht werden. So schaffen wir für sie finanzielle Stabilität und für die Familien in NRW sichere Kitaplätze. Diese Lösung ist denkbar einfach und schnell umsetzbar. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie dem FDP-Gesetzesentwurf zustimmt und für eine entsprechende Finanzierung sorgt!“

FDP vom 13. Dezember

Unsere Haushaltsanträge zum Haushalt 2024



Das rheinische Brauchtum hat eine große kulturelle Bedeutung: Die Schützen und Karnevalisten gehören zur DNA unserer Stadt. Die vielen Veranstaltungen der ehrenamtlichen Vereine bewegen Jahr für Jahr Millionen von Besucherinnen und Besuchern nach Düsseldorf. Dies sollte uns etwas wert sein, daher beantragen wir zusätzliche Mittel für das Sommer- und Winterbrauchtum.



Die Ziele der Klimaneutralität bis 2035 werden verfehlt. Wir fordern daher, den Wandel effektiv gestalten, anstatt nur den Klimanotstand zu verwalten. Eine Möglichkeit ist es, die Vergärung von Bioabfällen und die anschließende Verwendung von Biogas in einem Blockheizkraftwerk zur kombinierten Strom- und Fernwärmeerzeugung am Standort Düsseldorf zu nutzen.



Düsseldorf steigt im Digital-Ranking von Bitkom ab. Es wird also Zeit dagegen zu steuern und endlich eine Digitalisierungsstrategie für die Stadtverwaltung zu entwickeln und dabei auch eine Smart-City-Strategie zu erstellen.

Der Düsseldorfer Wohnungsmietmarkt ist so gut wie leer gefegt und bezahlbarer Wohnraum kaum mehr zu finden. Wohnungsgenossenschaften sind seit Jahren erfolgreich darin, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen und nachhaltig zu bewirtschaften. Düsseldorf sollte hierzu einen Schwerpunkt auf die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus legen. Wir fordern daher Unterstützung und Beratung für die Gründung von Wohnungsgenossenschaften.



Düsseldorf ist als Kunst- und Kulturhauptstadt bekannt. Diesen Status wollen wir weiter stärken. Daher fordern wir, dass dem neu eröffneten Schumann Museum weitere Mittel zur Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Betriebs zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Führungen, Workshops und pädagogische Programme angeboten werden können. Viele spannende Projekte der Freien Szene können nicht umgesetzt werden, weil die städtische Förderung ausbleibt und die Vergabe der Gelder ist intransparent und wird für die Künstlerinnen und Künstler zum Glückspiel.



Ein kostenloses Mittagessen würde für die drei Schulen eine enorme Entlastung bei der Gestaltung des sonderpädagogischen Unterrichts „Ernährung und Selbstversorgung“ bedeuten, die den Kindern bei dem Erlernen von Kompetenzen in diesem Bereich sehr zu Gute käme. Darüber hinaus wäre es auch für alle betroffenen Eltern eine finanzielle Erleichterung und eine Anerkennung ihrer besonderen Lebenssituation.



Der Kontakt zu Bürgerinnen und Bürger muss beim Digitalen Gesundheitsamt im Vordergrund stehen. Daher fordern wir, dass der niedrigschwellige und barrierefreie Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ausgebaut wird. Die Alterspyramide verändert sich und der demografische Wandel ist deutlich in der Stadt spürbar. Wir schlagen daher vor, eine integrative Demenzstruktur bei künftigen Neubauten zu schaffen, damit Demenzkranke so lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt in ihrem Quartier leben können und in soziale Aktivitäten eingebunden sind.

Um den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen, fordern wir, sowie den intergenerativen Ansatz als Handlungsmaxime in der Stadtgesellschaft zu verankern. Denn intergeneratives Miteinander bezieht sich auf alle Handlungsfelder einer städtischen Verwaltung.



Wir brauchen mehr Tempo bei der Verkehrswende, dem Neubau von bezahlbaren Wohnungen und dem digitalen Wandel der Stadtverwaltung. Die Ziele der Klimaneutralität bis 2035 werden verfehlt. Wir fordern: Wandel effektiv gestalten, anstatt nur den Klimanotstand zu verwalten.

Wichtige Neugestaltungen wie der Hbf-Vorplatz, der Platz am Carsch-Haus oder die Friedrichstraße entwickeln sich zu Dauerbaustellen.

Bei Einnahmen von 3,5 Mrd. Euro zeigt ein Minus von 300 Mio. ein strukturelles Ausgabeproblem. Schwarz-Grün regieren über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei den höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, wäre es dringend nötig auf die Schuldenbremse zu treten.

Die Chance zur Konsolidierung des städtischen Haushalts wurde durch die regierenden Parteien verpasst.

FDP vom 19. Dezember



Wechsel in der Fraktionsgeschäftsführung

Nach fast 25 Jahren hat Manfred Neuenhaus zum 1. Januar 2024 die Geschäftsführung der Ratsfraktion an Thomas Nicolin übergeben.

Neuenhaus war seit 1999 Fraktionsgeschäftsführer und die letzten 15 Jahre zusätzlich Fraktionsvorsitzender, welches er auch weiterhin bleibt.

Nicolin selber war von 2004 bis 2020 Mitglied im Stadtrat und von 2005 bis 2014 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Die kurzfristige Ausrichtung seiner Tätigkeit sieht er hauptsächlich in der Vorbereitung zur Kommunalwahl 2025 und den mittelfristigen Schwerpunkt in der Überführung der Ratsfraktion und der Geschäftsstelle in eine neue Struktur, dabei ist insbesondere der personelle Umbruch ein wichtiger Aspekt.

FDP vom 31. Dezember



DAS WAR DAS POLITISCHE RATSJAHR 2023

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Mitarbeit!



Herausgegeben von der Geschäftsstelle der FDP-Ratsfraktion | Fraktionsgeschäftsführer: Thomas Nicolin

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Marktplatz 3, 40213 Düsseldorf
Telefon: +49 211 89 23 124

E-Mail: fdp.ratsfraktion@duesseldorf.de
Online: www.ratsfraktion.fdp-duesseldorf.eu.org
Einbandsfotos von Maximilian Schade